

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RECHTSRADIKALISMUS IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
	Neue rechtsextreme Intellektuellenzirkel in Putins Russland: das Anti-Orange Komitee, der Isborsk-Klub und der Florian-Geyer-Klub	2
	Andreas Umland, Kiew	
■ DOKUMENTATION		
	Prominente Vertreter rechten Denkens in Russland	6
■ ANALYSE		
	Rassistische Gewalt und neonazistische Bewegungen in Russland	10
	Robert Kusche, Dresden	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Rassistisch motivierte und gegen Minderheiten gerichtete Gewaltakte in Russland 2004–2012	13
■ UMFRAGE		
	Russische Identitäten	16
	Sympathien und Antipathien gegenüber nichtrussischen Ethnien in Moskau und St. Petersburg	17
	Gleichbehandlung und Rassendiskriminierung	18
	Der Blick auf die Migranten	20
■ DOKUMENTATION		
	Rede von Außenminister Guido Westerwelle bei der Deutsch-russischen NGO-Konferenz	23
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
	Die Deutsch-Russische NGO-Konferenz in Berlin	25
	Jens Siegert, Berlin	
■ CHRONIK		
	Vom 19. April bis zum 2. Mai 2013	27



Neue rechtsextreme Intellektuellenzirkel in Putins Russland: das Anti-Orange Komitee, der Isborsk-Klub und der Florian-Geyer-Klub

Andreas Umland, Kiew

Zusammenfassung

In jüngeren Publikationen zum russischen Nationalismus wird häufig auf verschiedene extrasystemische Rechtsradikale sowie deren Verbindungen zur neuen urbanen Protestbewegung der RF eingegangen. Mindestens ebenso wichtig sind jedoch Entwicklungen im intrasystemischen Ultrationalismus des Putin-Regimes. In diesem Beitrag soll auf einige neue, extrem antiwestliche Intellektuellenzirkel eingegangen werden, die sich in den letzten beiden Jahren in Russland konstituiert haben. Im Angesicht der neuen Polarisierung zwischen Pro- und Anti-Putin-Kräften kommt es zu einem partiellen Schulterschluss des autoritären Regimes und seiner Propagandisten mit dem rechtsextremen Literati-Milieu sowie zu verstärkter Kooperation zwischen ehemals konkurrierenden antiwestlichen Intellektuellen, wie Sergej Kurginjan, Aleksandr Dugin und Aleksandr Prochanow. Die drei neuen, rabiat antiamerikanischen Diskussionsklubs, die hier kurz vorgestellt werden, schließen ein breites Spektrum von Publizisten, Journalisten, Politikern und Akademikern ein.

Der antiwestliche Diskurs

Seit der Wiederbelebung der russischen Demokratiebewegung im Dezember 2011 haben sich einige westliche Beobachter des russischen Ethnozentrismus auf die partielle Zusammenarbeit zwischen Demokraten und Ultrationalisten bei den Protesten konzentriert (z. B. Popescu 2012; Satter 2012). In den letzten Monaten kristallisiert sich allerdings das Problem eines radikal antiwestlichen Nationalismus als relevantes Thema weniger in Bezug auf die Entwicklung der russischen Opposition, denn bezüglich des Herrschaftsregimes Präsident Putins heraus. Zwar ist die Forcierung des zuvor schon präsenten Antiamerikanismus in der öffentlichen Rhetorik und Politik von Putin & Co. in erster Linie als PR-Manöver des Kremls zur Ablenkung der Öffentlichkeit von Themen wie Korruption, Wahlmanipulation, Modernisierungsprobleme oder Staatsaufblähung anzusehen. Gleichwohl sollten weder der existierende gesellschaftliche Nährboden der TV-Kampagnen, noch die Rückwirkungen der eskalierenden Dämonisierung der USA auf den russischen öffentlichen Diskurs als bloße Randerscheinungen vernachlässigt werden. Das haben die Auswirkungen ähnlicher, früherer russischer Medienhysterien deutlich gemacht, so derjenigen im Zusammenhang mit der NATO-Bombardierung Serbiens 1999, den Olympischen Winterspielen 2002 in Salt Lake City, der US-geführten Irak-Invasion 2003 und des russisch-georgischen Fünftagekrieges 2008. Die öffentliche Meinung in der Russischen Föderation ist im Gefolge dieser Kampagnen immer kritischer gegenüber den USA und teils auch der EU geworden.

Eine wachsende »unzivilisierte Gesellschaft«

Die neuerliche »politotechnologische« Ankurbelung antiwestlicher Diskurse führt zu einer gefährlichen Gemein-

gelage und beschleunigt die Herausbildung einer Art »unzivilisierte Gesellschaft« (Umland 2007). Der antidemokratisch ausgerichtete Teil des russischen Dritten Sektors stellt ein Netzwerk teils kooperierender, teils konkurrierender extrem antiliberaler Gruppierungen, Organisationen und Publikationsorgane dar. Diese zeichnen sich derzeit zwar vor allem durch ihre Förderung durch die Staatsorgane sowie aktive Bewerbung durch kremlkontrollierte Fernsehkanäle aus. Sie stellen sich eher als GONGOs (Government-Organized Non-Governmental Organizations), denn genuin zivilgesellschaftliche Initiativen dar. Es ist jedoch zu befürchten, dass sich infolge der verstärkten Hetzkampagne vor allem gegen die USA sowohl eine konspirologisch-paranoide Weltsicht als legitimes Interpretationsmuster internationaler Ereignisse, als auch entsprechende Klubs als signifikante Akteure im russischen Gesellschaftsdiskurs dauerhaft etablieren werden.

Es scheint sich ein aggressiv antiwestlicher Rechts extremismus im politischen Leben der Russischen Föderation als stabiler dritter Pol zwischen dem autoritären Regime und der demokratischen Opposition zu bilden. (Die Kommunisten haben im Putinschen System eine Hybridfunktion: Sie sind sowohl Teil des Regimes als auch Oppositionspartei und zudem über ihren radikalen Antiamerikanismus eng mit dem russischen Rechts extremismus verbunden.) Offenbar ist eine Restrukturierung des öffentlichen Lebens mittels zunehmender Inkorporierung von Ultrationalisten ins politische Establishment ein im Kreml gewolltes Szenario. Das Ideologiespektrum Russlands wird dadurch soweit nach rechts verschoben, dass der ebenfalls virulente Nationalismus von Putin & Co. vor dem Hintergrund weit radikalerer Forderungen »von unten«, d. h. von prominenten Rechtsextremisten, als relativ zentristisch erscheint (Umland 2009).

Etliche ultranationalistische Gruppierungen und Führer haben Verbindungen – zum Teil durch ein- und dieselben Personen – sowohl in die Regierung, als auch in die Opposition. Ein Beispiel ist der im rechtsradikalen Milieu unter dem Pseudonym »Wladimir Thor« bekannte Blogger und Aktivist Wladlen Kralin, der Mitglied sowohl des Koordinationsrates der Opposition, als auch zweier nationalistischer Organisationen unter der Führung des heutigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Rogosin war bzw. ist (»Rodina« und »Welikaja Rossija«). Die Funktionsweise des Herrschaftssystems Putins und der Massenmedien Russlands bringt es allerdings mit sich, dass rechtsextremen Kontakten in der Regierung ein höherer politischer Stellenwert zukommt, als der – unter den russischen Demokraten ohnehin umstrittenen – Beteiligung von Ultranationalisten an den Protestaktionen. Es gibt innerhalb der Demokratiebewegung eine artikulierte Minderheit, die sich ausdrücklich gegen die Zusammenarbeit der Opposition mit den radikalen Nationalisten wendet und beispielsweise in der Facebookgruppe »Russland ohne Hitler! Nein zu Meetings mit Faschisten, Nazis und Nationalisten« <https://www.facebook.com/groups/knbor/> organisiert ist.

Besondere Aufmerksamkeit unter den zwar häufig »polittechnologisch« inspirierten, jedoch deswegen nicht notwendigerweise irrelevanten Kräfteverschiebungen in der Landschaft ultranationalistischer Zusammenschlüsse verdienen rechtsextreme Intellektuelle sowie deren Vereine, Publikationsorgane und Medienauftritte. Handelt es sich doch hierbei um Publizisten, Fernsehkommentatoren und (Pseudo-)Akademiker, die durch ihren Einfluss insbesondere unter Studierenden, Nachwuchswissenschaftlern und politischen Aktivisten, aber auch auf die breite Öffentlichkeit das gesellschaftliche Klima und den politischen Willensbildungsprozess mitbestimmen.

Rechtsextreme Konsolidierungstendenzen

Zwar erscheint es derzeit so, als sei das rechtsextreme politische Parteienspektrum in ein Pro- und ein Anti-Putin-Lager geteilt. Es haben sich jedoch seit der Ankündigung von Putins Rückkehr ins Präsidentenamt im September 2011 innerhalb des radikal antiwestlichen Intellektuellenmilieus gleichzeitig zwei weitere Tendenzen verstärkt, die zuvor schon präsent waren. Zum einen findet eine teilweise Konsolidierung des extrem antiwestlichen Publizistenmilieus statt. Dies bedeutet, dass ehemals manifeste Differenzierungen zwar ähnlich ausgerichtet, jedoch trotzdem separater Intellektuellenklubs und ihrer jeweiligen Interpretationen der russischen Geschichte und Weltpolitik schrittweise an Bedeutung verlieren. Die noch in den Neunzigern manifeste Konkurrenz unter den verschiedenen »Slawophilen« – etwa zwischen solchen ethnonationalisti-

scher und »eurasischer« Ausrichtung – verringert sich vor dem Hintergrund der neuen Polarisierung zwischen dem zunehmend antiwestlichen Regime einerseits und der weitgehend prowestlichen Opposition andererseits. Dies wird etwa durch die jüngste Kooperation zweier der profiliertesten Theoretiker und Fernsehkommentatoren in diesem Spektrum, Sergej Kurginjan und Aleksandr Dugin, illustriert. In den neunziger Jahren hatte Kurginjan als Propagandist einer Wiedererrichtung des Sowjetsystems unter neuen Vorzeichen Dugin in dessen Eigenschaft eines offen neofaschistisch auftretenden Publizisten harsch kritisiert. Inzwischen jedoch ist sich Kurginjan, der bereits dem spätsowjetischen konservativen Establishment nahestand, nicht mehr zu schade, öffentlich mit dem ehemals politisch randständigen SS-Bewunderer Dugin zusammenzuarbeiten.

Zum anderen verstärken sich die bereits seit Ende der 1990er Jahre zu beobachtenden Tendenzen einer Kooperation zwischen extrasystemischen Ultranationalisten einerseits und intrasystemischen Sympathisanten ihrer Verschwörungstheorien andererseits. Es kommt teilweise zu einer Kooptation marginaler, ehemals am äußersten politischen Rand agierender Publizisten in kremlnahe Strukturen, ja zum Teil in staatliche Institutionen. Ein Beispiel ist die steile akademische Karriere des erwähnten Neofaschisten Dugin, der seit einigen Jahren als Professor und amtierender Lehrstuhlleiter für internationale Soziologie an Russlands führender Hochschule, der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität, lehrt.

Belegt werden sollen die rechtsextremen Konsolidierungstendenzen hier anhand dreier neuer Intellektuellenklubs, die es 2009, als Marlene Laruelle ihre einschlägige Rundschau russischer nationalistischer Think-Tanks veröffentlichte, noch nicht existierten.

Kurginjans Anti-Oranges Komitee

Das von Kurginjan auf Grundlage seiner sog. Bewegung »Sutj wremeni« (Essenz der Zeit) kreierte *Anti-Orange Komitee* <http://anti-orange.ru/> war die bislang sichtbarste, jedoch womöglich nur ephemere neue Struktur. Sie schließt unter anderem den erwähnten Dugin, die prominenten Fernsehjournalisten Michail Leontjew und Maksym Schewtschenko, den neostalinistischen Publizisten Nikolaj Starikow sowie den Redakteur des wichtigsten rechtsextremen Wochenblatts »Sawtra« (Morgiger Tag), Aleksandr Prochanow ein. Das Komitee war ein Ergebnis der von Kurginjan am 4. Februar 2012 auf dem sogenannten Gebetsberg (Poklonnaja gora) in Moskau organisierten proputinischen Gegendemonstration zur gleichzeitigen Oppositionsveranstaltung auf dem Bolotnaja-Platz. Der Name des Klubs bezieht sich auf die ukrainische Orange Revolution, die sowohl von außersystemischen Rechtsextremisten, als auch von vie-

len Repräsentanten und Apologeten des Putin-Regimes als von der CIA gesteuerte, ja »faschistisch« inspirierte Verschwörung interpretiert wird.

Die Verbindung der Orangen Revolution zum »Faschismus« wird in der russischen antiwestlichen Konspirologie – exemplarisch in Leontjews TV-Propagandafilm »Die Orangen Kinder des Dritten Reiches« (2010) <http://www.youtube.com/watch?v=Xg5K8TTJqc0> – durch die Rolle einiger ukrainischer Emigranten, allen voran der zweiten Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenkos Kateryna Tschumatschenko, bei dem Wahlaufstand von 2004 hergestellt. Tschumatschenko wurde in den 1970er und 1980er Jahren in den USA in der nationalistischen ukrainischen Diaspora sozialisiert. Das nordamerikanische Emigrantenmilieu wird von Anhängern der sog. Bandera-Fraktion der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-B) dominiert, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges faschistisch ausgerichtet war. Die Beteiligung zurückgekehrter Diaspora-Nationalisten sowie einiger einheimischer rechtsextremer Splittergruppen, etwa der Minipartei UNA-UNSO (Ukrainische Nationalversammlung – Ukrainische Selbstverteidigung des Volkes), an der Orangen Revolution stellt eine Hypothek des ukrainischen Wahlaufstandes dar. Sie dient kremlorientierten Konspirologen als willkommener Vorwand, um sowohl die ukrainische als auch die russische Demokratiebewegung als krypto-faschistische »Orange Pest« zu verunglimpfen.

Das extrem antiamerikanische Anti-Orange Komitee traf sich allerdings – laut seiner Webseite – lediglich zwei Mal im Februar 2012. Obwohl die Webseite des Komitees weiterhin online ist und zur Unterzeichnung eines »Anti-Orangen Pakt« auffordert, ist unklar, ob die Struktur noch funktioniert.

Prochanows Isborsk-Klub

Ein bislang weniger bekanntes, ideologisch ähnlich aufgestelltes, jedoch politisch weitflächigeres und womöglich langlebigeres Projekt ist der im September 2012 gegründete sog. *Isborskij klub* <http://www.dynacon.ru> – benannt nach dem Ort seines ersten Treffens, Isborsk im Gebiet Pskow in Nordwestrussland. Dieser vom Altmeister des russischen Rechtsextremismus Prochanow ins Leben gerufene relativ große Intellektuellenzirkel will die »Roten« (Nationalkommunisten) und »Weißen« (Rechtsnationalisten) vereinigen. Er basiert auf dem Institut für dynamischen Konservatismus und ist offenbar als Gegenstück zum Waldai-Klub von RIA-Novosti gedacht. Letzterer besteht aus ausländischen Osteuropaexperten und Journalisten sowie russischen Politikern, Wissenschaftlern und Intellektuellen. Prochanow ist Mitglied des Waldai-Klubs und hat von diesem für den antiwestlerischen Isborsk-Klub sowohl das

Format einer geographischen Bezeichnung, als auch die Vielseitigkeit der personellen Komposition sowie die Treffen außerhalb Moskaus übernommen.

In Prochanows Klub tauchen ähnliche Namen auf wie im Anti-Orangen Komitee, z. B. Dugin, Leontjew, Starikow und Schewtschenko. Das Mitgliederspektrum ist jedoch weiter und schließt auch weitere prominente antiwestliche Publizisten ein, so Sergej Glasjew, Leonid Iwaschow, Natalja Narotschnizkaja, Archimandrit Tichon alias Schewkunow, Jurij Poljakow und Michail Chasin. Die Bindung an den Kreml ist womöglich noch enger als im Falle von Kurginjans Komitee. Dies wurde etwa dadurch deutlich, dass an dem Gründungstreffen des Klubs in Isborsk der russische Kulturminister Wladimir Medinskij teilnahm, der u. a. durch Plagiatsvorwürfe in Bezug auf seine Doktorarbeit bekannt wurde. Prochanows Klub scheint gut finanziert zu sein und hat bislang Treffen in den Städten Chimki, Jekaterinburg sowie Uljanowsk durchgeführt. Der Isborsk-Klub gibt eine gleichnamige illustrierte Zeitschrift mit einer Auflage von 999 Exemplaren heraus.

Der Florian-Geyer-Klub von Gejdar Dshemal

Die erstaunlichste Neugründung im rechtsextremen Intellektuellenmilieu ist jedoch ein kleiner Zirkel, der sich *Konzeptioneller Klub »Florian Geyer«* <http://www.florigeyer.ru/> nennt und am 22. September 2011 gegründet wurde. Angeführt von dem berüchtigten Islamisten und bekennenden Antiwestler Gejdar Dshemal benutzt die Gruppe den Namen einer deutschen Bauernkriegsfigur. Die historische Gestalt Geyer ist in Russland unbekannt, ja dürfte selbst in Deutschland nur wenigen ein Begriff sein. Der Name »Florian Geyer« ist hingegen Zeithistorikern gut bekannt – als Bezeichnung der 8. Kavallerie-Division des SS, die 1943–1944 an der Ostfront zum Einsatz kam.

Freilich berufen sich Dshemal, Dugin und Schewtschenko, die Gründer des Florian-Geyer-Klubs, lediglich auf den einstigen Bauernkrieger und nicht auf die SS-Division. Die Vergangenheit insbesondere Dugins weist jedoch darauf hin, dass den Klubgründern die Verwendung des Namens im Dritten Reich bekannt sein dürfte, und dass hier gezielt mit der doppelten historischen Referenz von »Florian Geyer« gespielt wird. Dshemal und Dugin waren 1980–1990 Mitglieder eines kleinen Moskauer Okkultistenzirkels, der sich »Schwarzer Orden der SS« nannte. In den 1990er Jahren äußerte sich Dugin sowohl unter seinem Pseudonym »Aleksandr Schternberg« als auch unter seinem eigenen Namen wiederholt affirmativ zu Sympathisanten, Angehörigen und Abteilungen der SS, etwa zum Institut »Ahnenerbe«, zum italienischen Waffen-SS-Bewun-

derer Julius Evola, zum »Reichsführer« Heinrich Himmler und dem »Obergruppenführer« Reinhard Heydrich.

Die in der russischen Öffentlichkeit wahrscheinlich bekannteste Führungsfigur des Florian-Geyer-Klubs, der bereits erwähnte TV-Moderator Schewtschenko, gab zwar nicht den Bezug zur SS-Division zu, konzedierte jedoch in seiner Eröffnungsrede zur Gründung des Klubs: »Dieser Name wurde auch von den deutschen Nationalsozialisten (seinem linken Flügel) benutzt, die mit dem Nationalbolschewismus verbunden waren. Und das Florian-Geyer-Lied, das die junge Generation aus dem Schaffen der Gruppe Rammstein kennt, war sehr populär in jenen linken und rechten Kreisen, die eine antielitäre und antiliberalen Position einnahmen.«

<http://www.floriangeyer.ru/lectures/sovremennaya-demokratiya-kak-politicheskij-institut>. Um so erstaunlicher ist daher, dass – neben etlichen Rechtsextremisten – auch einige Intellektuelle an den bisherigen Rundtischgesprächen des Klubs teilnahmen, die nicht in diesen Kontext passen, darunter der Historiker Igor Tschubais, der Jurist Mark Fejgin und der Soziologe Boris Kagarlitzkij. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass an den Sitzungen des Klubs auch antiame- rikanische Aktivisten aus dem Ausland zu Wort kommen, z. B. der italienische »Traditionalist« Claudio Mutti.

Ein weiterer erwähnenswerter Mitwirkender des Klubs ist der schillernde Publizist Wladimir Kutscherenko, besser bekannt unter seinem Pseudonym »Maksim Kalaschnikow«, der gleichzeitig Mitglied des Isborsk-Klubs ist. Er sympathisiert, wie Dugin, mit

Aspekten des Nationalsozialismus und entwickelt in seinen Publikationen ebenfalls extravagante politische Traumwelten. In dem in großer Auflage erschienenen Buch »Vorwärts zu einer UdSSR-2« (2003) phantasiert Kalaschnikow beispielsweise von einer »Neuwelt«, die eine »Struktur« wäre, die Charakteristika »einer Kirche, eines gewaltigen Medienkonzerns sowie eines Finanzimperiums« kombinieren würde und »mit einem Geheimdienst ausgestattet« wäre.

Wie im Falle des Anti-Orangen Komitees ist unklar, ob der Klub trotz seiner fortgesetzten Internetpräsenz derzeit noch aktiv ist. Das letzte auf der Klubwebseite dokumentierte Treffen fand im Juni 2012 statt.

Russische Antiwestler auf dem Vormarsch?

Seit der Ankündigung von Putins dritter Präsidentschaft im September 2011 ist eine Neustrukturierung des ultranationalistischen Intellektuellenmilieus im Gange, wobei dem Isborsk-Klub die größte Bedeutung zukommt. Die rechtsextremen Publizisten äußern sich zumeist kritisch zu den heutigen Zuständen in Russland, entwerfen gar apokalyptische Szenarien für die Zukunft des Landes. Sie können dennoch frei agieren, treten häufig im Staatsfernsehen auf und werden vom Kreml wohlwollend geduldet, wenn nicht gezielt gefördert. Sollten sich diese Tendenzen fortsetzen, wird sich die ohnehin kritische russische öffentliche Meinung gegenüber den USA noch verschlechtern und sich die Entfremdung zwischen Russland und dem Westen weiter vertiefen.

Über den Autor

Dr. phil., Ph. D. Andreas Umland, ist DAAD-Fachlektor für Deutschland- und Europastudien an der Kiewer Mohyla-Akademie, Herausgeber der ibidem-Verlag-Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society«, Redaktionsmitglied des »Forums für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte« und des »Fascism: Journal of Comparative Fascist Studies«, Mitglied des Valdai Discussion Club sowie Verwalter der Yahoo Group »Russian Nationalism«.

Lesetipps

- Laruelle, Marlene: Inside and Around the Kremlin's Black Box. The New Nationalist Think Tanks in Russia, in: Institute for Security and Development Policy Stockholm Papers Series, Oktober 2009. http://www.isdp.eu/images/stories/isdp-main-pdf/2009_laruelle_inside-and-around-the-kremlins-black-box.pdf
- Popescu, Nico: The Strange Alliance of Democrats and Nationalists, in: Journal of Democracy, 23.2012, H. 3, S. 46–54. <http://blogs.euobserver.com/popescu/files/2012/07/The-Strange-Alliance-of-Democrats-and-Nationalists.pdf>
- Satter, David: The Threat of Russian Nationalism, in: FPRI E-Notes, April 2012. http://www.fpri.org/enotes/2012/201204_satter.threat-russian-nationalism.pdf
- Umland, Andreas: Post-Soviet "Uncivil Society" and the Rise of Aleksandr Dugin: A Case Study of the Extraparliamentary Radical Right in Contemporary Russia. Cambridge: University of Cambridge, 2007. http://www.academia.edu/2635113/Post-Soviet_Uncivil_Society_and_the_Rise_of_Aleksandr_Dugin_A_Case_Study_of_the_Extraparliamentary_Radical_Right_in_Contemporary_Russia_University_of_Cambridge_2007_
- Umland, Andreas: Restauratives versus revolutionäres imperiales Denken im Elitendiskurs des postsowjetischen Russlands. Eine spektralanalytische Interpretation der antiwestlichen Wende in der Putinschen Außenpolitik, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 13.2009, H. 2, S. 101–125. http://www.academia.edu/205532/Restauratives_versus_revolutionares_imperiales_Denken_im_Elitendiskurs_des_postsowjetischen_Russlands_Eine_spektralanalytische_Interpretation_der_antiwestlichen_Wende_in_der_Putinschen_Aussenpolitik

Prominente Vertreter rechten Denkens in Russland

Kurginjan, Sergej Jerwandowitsch (*14. November 1949 in Moskau).

Sergej Kurginjan wuchs in einer Moskauer Intellektuellenfamilie auf.

1972 Abschluss am Moskauer Geologie-Erkundungs-Institut mit Schwerpunkt Geophysik.

1974–1980 Doktorand der Physik und Mathematik und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ozeanologie an der sowjetischen Akademie der Wissenschaften.

Bis 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Labor für angewandte Kybernetik des Moskauer Geologie-Erkundungs-Institut.

1984 Abschluss als Regisseur an der Moskauer Theaterhochschule »Boris Schtschukin«.

1986 Das 1968 während seines Studiums gegründete Studio-Theater erhält unter dem Namen »Na doskach« (Auf den Brettern) den Status eines experimentellen staatlichen Theaters.

1989 Präsident des »Experimentalnyj tvortscheskij zentr« (Experimentelles kreatives Zentrum), auch als Kurginjan-Zentrum bekannt.

1990 Kandidatur für den Kongress der Volksdeputierten der RSFSR in einem Moskauer Bezirk. Kurginjans Wahlprogramm beinhaltete eine Strategie der nationalen Rettung Russlands, die einen Zerfall von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat abwenden sollte.

Ab 1993 Herausgeber der Zeitschrift »Russland-XXI«.

2011 Gründung der Bewegung »Sutj Wremeni« (Wesen der Zeit). Diese ruft zu einer Wiederherstellung der Sowjetunion auf. Der Name der Bewegung geht auf eine Fernsehdebatte im zweiten Halbjahr 2010 zurück, an der Kurginjan teilnahm.

Nach den Dumawahlen 2011 und den Protesten gegen die Wahlfälschungen veranstaltet die Bewegung mehrere Demonstrationen gegen einen »Orangen Umsturz«. Danach propagierte Kurginjan eine UdSSR 2.

2012 Seit dem Sommer protestieren Kurginjan und seine Bewegung gegen die Einführung eines Jugendrechts in Russland sowie einen vermeintlich liberalen Kurs der Regierung Medwedew.

2013 Kurginjan initiiert vor dem Hintergrund des Adoptionsverbots russischer Waisenkinder durch US-Amerikaner im Februar 2013 die Gründung der Bewegung »Allrussischer Elternwiderstand«. Seine Frau, Maria Mamikonjan, wird dessen Vorsitzende. Präsident Putin hält eine Rede auf dem Gründungstreffen.

Kurginjans Einstellungen lassen sich als patriotisch, kommunistisch und verschwörungstheoretisch beschreiben. Kurginjan geht davon aus, dass Russland den Weg eines unikalen nicht-europäischen Entwicklungspfads eingeschlagen sollte. Diese Erfahrung würde es Russland ermöglichen, der Welt eine anti-westliche Alternative anzubieten. Russland solle sich demnach von der Idee distanzieren, Teil der europäischen Zivilisation zu sein.

Quellen: Sytschewa, Walerija: Awtor szenarijew. Sergej Kurginjan: ot teatra »Na doskach« do kremljowskich podmostkow, in: Itogi, Nr. 7, vom 18. Februar 2013, <http://www.itogi.ru/obsch-profil/2013/7/186996.html>.

Biographien: <http://politmix.ru/content/biografiya-sergeya-kurginyana>; <http://dic.academic.ru/dic.nsf/ruwiki/1147039>.

Webseite der Bewegung »Wesen der Zeit«: <http://eot.su>

Dugin, Aleksandr Geljewitsch (*7. Januar 1962, Moskau)

1979 Studienbeginn am Moskauer Luftfahrtinstitut (MAI). Im zweiten Studienjahr wegen Verzugs vom Studium ausgeschlossen, er selbst erklärt den Ausschluss mit seinem ideologischen Nonkonformismus.

1980 wird er in den Kreis eines esoterisch-okkultischen Geheimbundes eingeführt, der sich teilweise als »Schwarzen Orden der SS« bezeichnet.

1987 Beitritt zur ultra-nationalistischen Bewegung »Pamjat« (Erinnerung), Mitarbeit in deren Moskauer Zentralrat von 1988–1989. Ausschluss nach Streitigkeiten.

1988–1991 Chefredakteur der Zeitschrift EON.

1990 Mitbegründer der historisch-religiösen Gesellschaft »Arktogeya«, die ein zentraler Verleger ultra-nationalistischer Literatur im postsowjetischen Russland und insbesondere von Dugins Schriften wird.

Ab 1991 Redakteur bei »Den« (Tag).

Ab 1992 Herausgabe der Zeitschrift »Elementy: Jewrasijskoje obosrenije« (Elemente: Eurasischer Rundschau), was weiter zur Verbreitung von Dugins Schriften beiträgt.

1993 begründet Dugin mit Eduard Limonov u. a. die »National-Bolschewistische Partei« und wird einer ihrer Ideologen und Vorsitzenden. 1998 tritt er aus der NBP aus.

2000 Gründung der gesellschaftlich-politischen Bewegung »Eurasien«. Diese wird 2002 in eine Partei umgewandelt, Dugin hat bis 2003 den Vorsitz des politischen Rates inne.

2003 Gründer und Vorsitzender der »Internationalen Eurasischen Bewegung«.

Seit 2008 Professor an der Moskauer Staatlichen Universität (MGU) und Direktor des Zentrums für konservative Forschungen an der soziologischen Fakultät der MGU.

Ab 2009 Lehrstuhlleiter für Soziologie der Internationalen Beziehungen an der MGU.

Ab März 2012 Mitglied des Expertenrates beim Vorsitzenden der Staatsduma Sergej Naryschkin.

Aleksandr Dugin gilt als einer der einflussreichsten national-patriotischen Köpfe und Ideengeber des »Neo-Eurasierums«.

Biographien: <http://dugin.ru/bio/>; <http://newslab.ru/info/dossier/dugin-aleksandr-gelevich>; <http://obozrevatel.com/person/dugin.htm>.

Prochanow, Aleksandr Andrejewitsch (* 26. Februar 1938, Tiflis)

1960 Abschluss am Moskauer Luftfahrtinstitut (MAI). Prochanow schreibt im letzten Studienjahr Prosa und Gedichte.

Ab 1968 Veröffentlichungen in der »Literaturnaja Gaseta«. Ab 1970 deren Korrespondent, unter anderem im Ausland.

Ab 1986 Publikationen in der Zeitschrift »Molodaja Gwardija« (Junge Garde).

1989–1991 Chefredakteur der Zeitschrift »Sowjetskaja Literatura« (Sowjetische Literatur).

Dezember 1990: Gründer und Chefredakteur der Tageszeitung »Den« (Tag). Die Zeitung entwickelt sich zu einer der radikalsten Oppositionszeitungen gegen die Perestrojka-Politik. Prochanow unterstützt unter anderem den Putsch-Versuch im August 1991.

September–Oktober 1993: Nachdem Präsident Boris Jelzin per Erlass den Obersten Sowjet auflösen lässt und die Zeitung »Den« zur Unterstützung des Obersten Sowjets aufruft sowie Jelzin verfassungsfeindliche Handlungen vorwirft, wird diese im Oktober 1993 vom Justizministerium verboten.

Seit November 1993 Herausgeber und Chefredakteur der Zeitung »Sawtra« (Morgen).

Aleksandr Prochanow gilt als Wortführer der patriotischen Opposition.

Biographien: <http://lib.rus.ec/a/19716>; <http://biopeoples.ru/pisateli/1355-aleksandr-prochanov.html>; <http://konservatizm.org/news/mneniya/120912163251.xhtml>.

Narotschnizkaja, Natalja Aleksejewna (* 23. Dezember 1948)

Tochter des Akademiemitglieds Aleksej Narotschnizkij, eines Autoren grundlegender Arbeiten zur Geschichte der Internationalen Beziehungen.

1971 Abschluss mit Auszeichnung am MGIMO (Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen, das zum Außenministerium gehört) mit dem Schwerpunkt USA und Deutschland.

1974–1981 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften (IMEMO).

1982–1989 Mitarbeiterin im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York.

1989–2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Sowjetischen/Russischen Akademie der Wissenschaften (IMEMO).

2003–2007 Abgeordnete der Staatsduma. Wahl über die Liste des patriotischen Wahlbündnisses »Rodina«. Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für internationale Angelegenheiten.

2004 Gründerin und Präsidentin der »Stiftung historische Perspektive« (Fond istoritscheskoj perspektiw – FIP). Als dessen Aufgaben werden die Wiederherstellung der geistigen und wirtschaftlichen Macht Russlands, eine Stärkung der gesellschaftlichen Einheit sowie eine objektive Darstellung der russischen Geschichte angegeben.

2008 Leiterin des »Instituts für Demokratie und Zusammenarbeit« in Paris, einer russischen NGO zur Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen in den USA und Europa.

2009–2012 Mitglied der »Kommission gegen Versuche der Geschichtsverfälschung zum Schaden Russlands« beim russischen Präsidenten.

Initiatorin mehrere Bewegungen und Organisationen national-konservativer Ausrichtung: »Wsemirnij Russkij Sobor« (Weltweite Russische Sammlung), »Fond jedinstwa prawoslawnych narodow« (Stiftung zur Einheit orthodoxer Völker), Stiftung »Russkij mir« (Russische Welt).

Zentrale Publikationen: »Rossija i Russkije v mirovoj istorii« (Russland und die Russen in der Weltgeschichte – 2005), »Za tschto i s kem my wojewali« (Wofür und mit wem wir kämpften – 2005), »Russkij mir« (Die Russische Welt – 2007), »Oranshewyje seti. Ot Belgrada do Bischkeka« (Orange Netzwerke. Von Belgrad bis Bischkek – Hg. 2008).

Biographien: <http://narohnitskaia.ru/about>; <http://www.pravoslavie.ru/authors/370.htm>; *Homepage der Stiftung historische Perspektive:* <http://fip.ru/>.

Rogozin, Dmitrij Olegowitsch (* 21. Dezember 1963, Moskau)

1981–1986: Studium an der internationalen Abteilung der Fakultät für Journalismus an der Moskauer Staatlichen Universität (MGU).

1986–1990 »Komitet Molodjoschnych Organizazii« (Komitee für Jugendorganisationen – KMO). Aufstieg vom Referent zum Abteilungsleiter für Internationale Organisationen.

1990 Gründer und Vorsitzender der »Assoziacija molodych polititscheskich liderow SSSR (Rossii)« (Assoziation junger Politiker der UdSSR (Russlands)) auch als »Forum-90« bekannt.

1990–1993 Erster Stellvertretender Leiter der Forschungs- und Bildungsorganisation »RAU Korporation« der Russisch-Amerikanischen Universität.

1991 Stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der »Partei der konstitutionellen Demokraten (Partei der Volksfreiheit)«.

1992 Mitbegründer der »Sojus wosroshdenija Rossii« (Union zur Wiedergeburt Russlands – SWR), einer überparteilichen Struktur zur Vereinigung von Christdemokraten, Konservativen und rechter Sozialdemokraten.

1993 Gründer und Vorsitzender der patriotischen Bewegung »Kongress Russkich Obschtschin« (Kongress Russische Gemeinden – KRO), zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung in den ehemaligen Unionsrepubliken.

1997 Direktmandat in der Staatsduma für einen Wahlkreis im Gebiet Woronesch, Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Nationalitätenangelegenheiten.

1998–1999 Mitglied im Zentralrat der vom ehemaligen Moskauer Bürgermeister Jurij Lushkow gegründeten Vereinigung »Otetschestwo« (Vaterland).

1999 Wiederwahl in die Staatsduma per Direktmandat (Gebiet Woronesch), Mitglied der Abgeordnetengruppe »Volksdeputierte« und Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten.

2001 Stellvertretender Parteivorsitzender der »Narodnaja Partija Rossijskoj Federazii« (Volkspartei der Russischen Föderation).

2002–2004 Sondergesandter des Russischen Präsidenten für das Gebiet Kaliningrad im Kontext der EU-Erweiterung. Ein Visafreier Transitverkehr zwischen Russland und Kaliningrad konnte nicht erreicht werden.

2003 Ko-Vorsitzender und Wahlkampfleiter des patriotischen Wahlbündnisses »Rodina« (Heimat).

2003 Wiederwahl als Direktkandidat eines Wahlkreises im Gebiet Woronesch.

2004–2006 Fraktions- und Parteivorsitzender von »Rodina«. Rücktritt nach xenophobem Wahlkampf zum Moskauer Stadtparlament im Herbst 2005.

2006 Mitglied im Organisationskomitee des nationalistischen »Russischen Marschs«.

2006 Vorsitzender des nun umbenannten »Rodina. Kongress Russkich Obschtschin« (Kongress Russischer Gemeinden – KRO)

2008–2011 Ständiger Vertreter Russlands bei der NATO. Bis 2012 Sondervertreter des Russischen Präsidenten zur Zusammenarbeit mit der NATO im Bereich der Raketenabwehr.

2012 Stellvertretender Ministerpräsident. In der Regierung Medwedew für den militär-industriellen Komplex sowie den Atom- und Raumfahrtsektor zuständig.

Ab März 2012 Sondervertreter des Präsidenten für Transnistrien.

Biographien: <http://whoiswho.dp.ru/cart/person/1931671/>; <http://www.lenta.ru/lib/14159797/full.htm>; <http://www.rbc.ru/persons/rogozin.shtml>.

Dshemal, Gejdar Dshachidowitsch (* 6. November 1947, Moskau)

1965 Studienbeginn am Institut für östliche Sprachen (heute: Institut der Länder Asiens und Afrikas) der MGU.
1980er Jahre: Längere Aufenthalte in Tadschikistan. Verbindungen zu lokalen islamischen Kräften im Untergrund.
1988–1989 gemeinsam mit Aleksandr Dugin Mitglied im Zentralrat der ultra-nationalistischen Bewegung »Pamjat« (Erinnerung).
1990 Stellvertretender Vorsitzender der »Islamischen Partei der Erneuerung« in Astrachan.
1991–1993 Herausgeber der Zeitung »Al-Wachdat – Einigkeit«.
1993 Teilnahme an der Islamischen Volkskonferenz in Khartum (Sudan). Regt die Gründung eines internationalen islamischen Komitees an.
1993–1996 Moderator mehrerer Fernsehsendungen.
1995 Gründer und Vorsitzender der überregionalen gesellschaftlichen Bewegung »Islamisches Komitee«.
1999 vertritt Dshemal auf einer orthodoxen-islamischen Konferenz in St. Petersburg die These einer strategischen Union aus Islam und Orthodoxie im Rahmen eines antiwestlichen Projekts.
2001 Organisation mehrerer globalisierungskritischer Demonstrationen in Moskau.
2009 Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen der Beschuldigung, dass sich auf der von Dshemal herausgegebenen Internetseite des »Islamischen Komitees« extremistische Materialien befänden.

Biographien: http://www.archipelag.ru/index/biography_djemal/; <http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/203866/>.

Leontjew, Michail Wladimirovitsch (* 12. Oktober 1958, Moskau)

1979 Abschluss in »Ökonomie der Arbeit« am Moskauer Plechanow-Institut für Volkswirtschaft.
1985 Ausbildung als Tischler.
1989 Mitarbeit im »Experimentalnyj twortscheskij zentr« (Experimentelles kreatives Zentrum) Sergej Kurginjans.
1990–1992 Leiter der Wirtschaftsabteilung der Tageszeitung »Nesawisimaja Gaseta«.
1993–1996 Erster Stellvertretender Chefredakteur und später einfacher Redakteur der Tageszeitung »Segodnja« (Heute).
1997–1999 TV-Moderator (»Na samom dele« (In der Tat) und »Den sedmoj« (Der siebte Tag) beim Fernsehsender »TV-Zentr«).
1998 Journalisten-Auszeichnung »Goldene Feder Russlands«.
Seit 1999 Moderator der TV-Sendung »Odnako« (Jedoch) bei ORT – »Erster Kanal«.
2001–2002 Mitglied im politischen Rat der Bewegung »Eurasien«. Seit 2002 Mitglied bei »Einiges Russland«.
2007–2009 Chefredakteur der Zeitschrift »Profil«
Ab 2009 Herausgeber der Zeitschrift »Odnako« (Jedoch).

Biographie: <http://lenta.ru/lib/14160196/full.htm>.

Schewtschenko, Maksim Leonardowitsch (* 22. Februar 1966, Moskau)

1990 Absolvent des Moskauer Luftfahrtinstituts (MAI). Anschließend ein nicht abgeschlossenes Orientalistik-Studium am Institut der Länder Asiens und Afrika (MGU).
1987–1991 Korrespondent beim »Westnik christianskoj demokratii« (Bote der Christdemokratie).
1992–1995 Abteilungsleiter im Verlagshaus »Perwoje Sentjabrja« (Erster September).
1993–1995 Lehrer für Geschichte Russlands und Westeuropas an einem Moskauer orthodoxen Gymnasium.
1995–2002 Sonderkorrespondent in Krisengebieten bei der »Nesawisimaja Gaseta«, verantwortlicher Redakteur der Beilage Religion.
2000 Gründung des »Zentr strategitscheskich issledowanij religii i politiki sowremennogo mira« (Zentrum für strategische Studien zur Religion und Politik der modernen Welt).
Seit 2008 Moderator von TV-Sendungen beim staatlichen »Ersten Kanal«. Oktober 2008–Mai 2011: »Sudite sami« (Urteilen Sie selbst), Januar bis Juli 2012 »W kontekste« (Im Kontext).

Biographien: <http://www.1tv.ru/person/6280/>; <http://echo.msk.ru/guests/7198/>.

Rassistische Gewalt und neonazistische Bewegungen in Russland

Robert Kusche, Dresden

Zusammenfassung

Trotz Repression durch staatliche Behörden hat sich in Russland eine rechtsextreme Bewegung etabliert. Sie erntet Zustimmung bei der Bevölkerung für ihre Parolen und kann sich so als vermeintlicher Vollstrecker des »Volkswillens« gerieren. Die Betroffenen und Hinterbliebene hingegen sind oftmals marginalisiert und ausgegrenzt.

Rechte Gewalt

Rassistische Gewalttaten, seien es Morde, Überfälle oder Rechtsterrorismus finden in Russland nach wie vor nahezu täglich statt. Dabei kommt es zu zahlreichen Angriffen auf der Straße gegen vermeintliche »Nichtrussen«. Die extreme Rechte geht dabei nach dem Schema vor, gesellschaftliche Konflikte zuzuspitzen und rassistisch aufzuladen. Nicht selten kommt es dadurch zu pogromartigen Szenen.

Die Spitze des Eisberges stellen die 542 rassistischen Morde sowie Tötungen von politischen Gegnern seit 2004 in Russland dar. Allein 19 Morde gehen auf das Konto extremer Nationalisten im Jahr 2012. Auch wenn die Zahlen seit dem Allzeithoch mit 116 Morden im Jahr 2008 rückläufig sind, belegen die Statistiken des unabhängigen Beobachtungszentrums SOWA ein hohes Niveau. Vergleichsweise gering hingegen ist die Anzahl der registrierten Körperverletzungen (2012: 178), da Betroffene häufig aus Angst vor Polizei und Behörden keine Anzeige erstatten. Darüber hinaus lassen sich Normalisierungseffekte in der Gesellschaft und den Medien zum Thema rechte Gewalt konstatieren.

Einstellungen und gesellschaftlicher Diskurs

Doch woher kommt diese »Abneigung« gegen alles, was nicht »echt russisch« ist? Das Phänomen rassistischer Gewalt ist nicht nur an den sogenannten gesellschaftlichen Rändern zu verorten. Auch in Russland basiert sie auf menschenverachtenden Einstellungen, die in weiten Teilen der Gesellschaft sowie bei Kirche und Staat fest verankert sind. Zwar betonte der russische Staatspräsident Putin Anfang des Jahres 2012, dass der Vielvölkerstaat dem russischen Staatsverständnis entspreche. Gleichzeitig hob er aber auch die besondere und privilegierte Rolle der »echten Russen« hervor. Ziel dieser Zuspitzung war die Beruhigung vor allem derjenigen nationalistischen Wählerschichten, die sich an den Anti-Putin-Protesten beteiligt hatten. Wenn rund 67 % der Bevölkerung der Parole »Immigranten nehmen den Russen die Arbeit weg« zustimmen (<http://www.levada.ru/28-11-2012/natsionalnaya-politika-i-otnoshenie-k-migran>

[tam](http://www.levada.ru/14-12-2012/rossiyane-o-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti-natsionalisticheskikh-lozungakh-obstanovke-n)), und 56 % der Parole »Russland den Russen« (<http://www.levada.ru/14-12-2012/rossiyane-o-mezhnatsionalnoi-napryazhennosti-natsionalisticheskikh-lozungakh-obstanovke-n>), scheint das Putin mit seinem Vorstoß recht zu geben. Darüber hinaus befürworten 83 % die strikte »Deportation« von illegalen Einwanderern und 61 % eine deutliche Reduzierung der Immigration nach Russland (jeweils <http://www.levada.ru/28-11-2012/natsionalnaya-politika-i-otnoshenie-k-migrantam>). Latente Einstellungen der Ungleichwertigkeit gegenüber Gruppen von Menschen können für rechte Gewalttäter legitimatorisch wirken, insbesondere wenn gesellschaftliche Autoritäten sich nicht eindeutig gegen jene menschenverachtenden Ideologien positionieren.

Ideologie

Ausgehend von einem ethnisch exklusiven Staatsverständnis und nationalchauvinistischen Attitüden pflegt die extreme Rechte u. a. Vorstellungen einer antisemitischen Weltverschwörung, biologistischen Rassismus, die Einführung einer von inneren und äußeren Feinden befreiten Diktatur und Vernichtungsphantasien. Rechtsextreme Ideologien sind dabei unterschiedlich dehnbar. So existieren beispielsweise Interpretationsrahmen, um einen positiven Bezug zum deutschen Nationalsozialismus herzustellen. Aspekte des Heidentums sowie die Präventivschlagthese gegen den »jüdischen Bolschewismus« werden übernommen, um sich positiv auf den historischen Nationalsozialismus zu beziehen. Heutige Kernforderung der russischen extremen Rechten ist vor allem die Schaffung eines ethnisch gesäuberten Russlands [siehe auch den Artikel von Andreas Umland in dieser Ausgabe, S. 2–5].

Arenen und Aktionsspielräume der extremen Rechten

In der russischen Gesellschaft, in der Konflikte oft repressiv durch die Behörden und Herrschenden gelöst werden, liegt es für eine extreme Rechte nahe, Themen und Arenen zu finden, die den Staat weniger tangieren, um Repression zu vermeiden. Nach wie vor fehlt es der extremen Rechten an einer eigenständigen Partei in der Staatsduma. Trotz Wählerpotential scheiterte

sie bisher an administrativen Hürden sowie internen Machtstreitigkeiten. Jüngst wurde der 2012 gegründeten Partei »Nowaja Sila« (Neue Macht) die Registrierung verwehrt. Dennoch konnte die extreme Rechte in der Vergangenheit mit der Unterstützung einzelner Abgeordnete rechnen.

Alle ernsthaften Versuche jedoch, aus dem vopolitischen Raum heraus das Parlament zu erobern, sind bis heute gescheitert. Daher bleibt den Akteuren nur die außerparlamentarische Opposition, wobei Einzelne diesen Spielraum gut zu nutzen wissen, so dass die Wahrnehmbarkeit im öffentlichen Raum gewährleistet bleibt. Das wichtigste und größte Ereignis ist der jährliche »Russische Marsch« mit ca. 5.500 Demonstranten in Moskau. 2012 fand er erstmals auf einer Innenstadtroute statt. Thematisch geht es vor allem gegen Migranten und für ein reines – sprich »weißes« – Russland. Hakenkreuzfahnen, Hitlergrüße und Gewalttaten im Umfeld des Aufmarsches gehören zu den normalen Begleiterscheinungen der Demonstration. Eine der Hauptparolen des Aufmarschs – »Stoppt die Unterstützung des Kaukasus« – wird von ca. 65 % der der Bevölkerung getragen. (<http://www.levada.ru/14-12-2012/rossiyane-o-mezhnatsionalno-napryazhennosti-natsionalisticheskikh-lozungakh-obstanovke-n>).

Die 2011 verbotene »Bewegung gegen Illegale Migration« (DPNI) hat in den 2000er Jahren die Strategie entwickelt, gesellschaftliche Konflikte aufzuheizen und zuzuspitzen. Das erfolgte erstmals 2006 in der karelischen Kleinstadt Kondopoga. Angereiste Mitglieder der Bewegung, Jugendliche und viele Bewohner der Stadt stellten ein Ultimatum von 24 Stunden: Alle zugezogenen Kaukasier hätten Kondopoga binnen dieser Frist zu verlassen und der städtische Markt müsse wieder unter »russischer Kontrolle« gebracht werden. Die anschließenden Ausschreitungen konnten nur mit massiver Polizeipräsenz gestoppt werden. Seit 2006 kam es russlandweit zu mindestens 17 solcher Übergriffe, ebenso 2012 in den Regionen Kirow und Stawropol. Solche »inter-ethnischen« Konflikte werden von der extremen Rechten als Bühne für die Verbreitung ihrer Positionen genutzt.

Rechtsextrem motivierte Gewalt ist in Russland auch deshalb möglich, weil Organisationen wie die DPNI mit der »Kondopogastrategie« die Gelegenheiten sowie den Rahmen dafür schaffen, und weil neonazistische Organisationen in paramilitärischen Trainingslagern den Umgang mit Waffen schulen.

Als 2007 und 2010 im Zentrum von Moskau vergleichbare Ausschreitungen stattfanden und die extreme Rechte aufgrund der vielen Morde an Antifaschisten, Migranten, engagierten Anwälten und Journalisten in die internationalen Schlagzeilen kamen, reagierte der Staat mit massiven Organisationsverboten und Ver-

haftungen. Bereits seit 2002 sanktioniert das russische Strafgesetz Taten aus »politischen, ideologischen, rassischen, nationalen, religiösen oder gegen jegliche soziale Gruppe gerichtetem Hass oder Feindschaft« (StGB RF Art. 63 Abs. 1e). Die Antiextremismusgesetzgebung (Art. 282) erlaubt darüber hinaus die Verfolgung und das Verbot von »extremistischen« Organisation, findet allerdings ebenso gegen unliebsame Oppositionelle Anwendung.

Rechtsextreme Subkultur

Zusätzlich hat sich in Russland eine rechtsextreme Kameradschafts- und Subkulturszene etabliert, die bereit ist, ihre Ziele mit körperlicher Gewalt sowie militanten Aktionen auf der Straße zu realisieren. Sie stellen die Basis der neonazistischen Bewegung dar. Es handelt sich um kleine oftmals namenlose Gruppierungen, sie sind parteipolitisch ungebunden und der Zugang ist niedrigschwellig: Er erfolgt häufig über Konzerte, Fußball sowie andere Subkulturen. Gemeinsame Aktionen, Events sowie Symbole und Codes tragen zur Identitätsbildung bei. Das Repertoire reicht von Aufkleber- und Sprühaktionen im eigenen Viertel bis zu Straßengewalt. Rassismus und ein positiver Bezug zum Nationalsozialismus zählen zu den handlungsleitenden Motiven.

Musik ist eines der wichtigsten Vehikel, um die Ideologie und rechtsextemes Lebensgefühl zu vermitteln und ist darüberhinaus ein durchaus profitabler Absatzmarkt. Zu den bekanntesten russischen Neonazibands gehören »Kolowrat«, »Antisystem« oder »Wotan Jugend«. Alle sind offen neonazistisch und beziehen sich positiv auf den Nationalsozialismus. »Kolowrat« besingt in ihren Liedern u. a. die »Helden« der Wlassow-Armee, die im 2. Weltkrieg mit den Deutschen kollaborierte. Auch Kooperationen zwischen deutschen und russischen Bands haben sich etabliert. So spielten die deutschen Liedermacher Jan Peter und Fygiem beim Moskauer Festival »Preis der Freiheit« am 8. Februar 2013. Beide Liedermacher sind feste Größen des deutschen Neonazismus und treten regelmäßig auf Veranstaltungen der NPD auf. Jan Peter, nebenbei Gitarrist der deutschen Rechtsrock-Band »Sleipnir«, werden Kontakte zum neonazistischen Musiknetzwerk »Blood and Honour« und militanten Gruppierungen nachgesagt. Mit der russischen Band »Russkij Stjag« (Russisches Banner) nahm er das Lied »Frei-Sozial-National« auf. Solche Kooperationen zeigen, dass russische Neonazis längst international anschlussfähig und vernetzt sind. Als ideologische Klammer für internationale Kooperation dient das »Ethnopluralismuskonzept«, wonach die »weißen Völker Europas« nebeneinander existieren, sich jedoch nicht »rassisch durchmischen«, und der positive Bezug auf Aspekte des Heidentums.

Wie manifest die Ideologie verankert ist, zeigt sich insbesondere an den extrem rechten Banden, die inzwischen als »Todesschwadron« Angst und Schrecken verbreiten. Besonders berüchtigt war die sogenannte Wojewodin-Borowikow-Zelle, die für mindestens vier Morde verantwortlich gemacht wird. Bei der Festnahme wurde Borowikow durch Polizisten erschossen, seitdem gilt er als Held und Märtyrer des nationalistischen Widerstands in Russland.

Auch 2012 wurden Haftstrafen gegen Neonazis verhängt: So wurden 10 Mitglieder der »Autonomen terroristischen Kampf-Organisation« (ABTO) wegen einer Serie von Brand- sowie Bombenanschlägen zu 8 bis 10 Jahren Haft verurteilt. In Moskau wurden Mitglieder der Gang von Jan Ljutik (eigtl. Jemeljan Nikolajew) wegen der Beteiligung an mehreren »ethnisch motivierten« Angriffen auf Migranten zu 8 bis 19 Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Falle langjähriger Haftstrafen können sich die Täter der Solidarität ihrer Kameraden in Form von Spendenaktionen, Informationen sowie Solidaritätsbekundungen gewiss sein. Die Internetseite »geroiwoli« veröffentlicht die Namen und die Geschichten zu Inhaftierten, Verstorbenen sowie vermeintlichen Verrätern. Die Wahrnehmung, durch einen als illegitim empfundenen Staat politischer Verfolgung ausgesetzt zu sein, gehört mittlerweile zum kollektiven Identitätsmuster der extremen

Rechten. Dies schafft Anknüpfungspunkte zur Oppositionsbewegung, die sich oft nicht ausreichend von Neonazis abgrenzt. So sprachen auch hochrangige Neonazis im Dezember 2011 auf Protestkundgebungen vor mehreren tausend Demonstranten. Der bekannte Neonazi Wladimir Tor nutzte die öffentliche Auftrittsmöglichkeit, um seine Solidarität für »nationale« politische Gefangene kund zu tun.

Nach den Protesten im Winter 2011/12

Die Teilnahme am Protest der demokratischen Opposition gegen Putin und die damit verbundene Unterstützung pro-westlicher Ideen hat eine Spaltung des rechten Lagers in Gang gesetzt. Die unerfüllte Hoffnung auf eine eigene Partei führt bei vielen Neonazis zur Präferenz »direkter Aktionen« gegen Minderheiten. Handlungsdruck sieht dabei der Staat meist nur dann, wenn sein Macht- oder Gewaltmonopol in Frage gestellt wird. Daher ist der Zugang zum Parlament blockiert und es erfolgen Organisationsverbote. Unbestritten existierten mit der Extremismusgesetzgebung und dem Strafrecht mächtige Instrumente gegen die extreme Rechte. Aufgrund der hohen Ideologisierung der Täter, der Anschlussfähigkeit in der Gesellschaft, der mangelnden politischen Alternativen und dem Unwillen, Änderungen im Ursachenbereich herbeizuführen sind diese nur bedingt wirksam.

Über den Autor

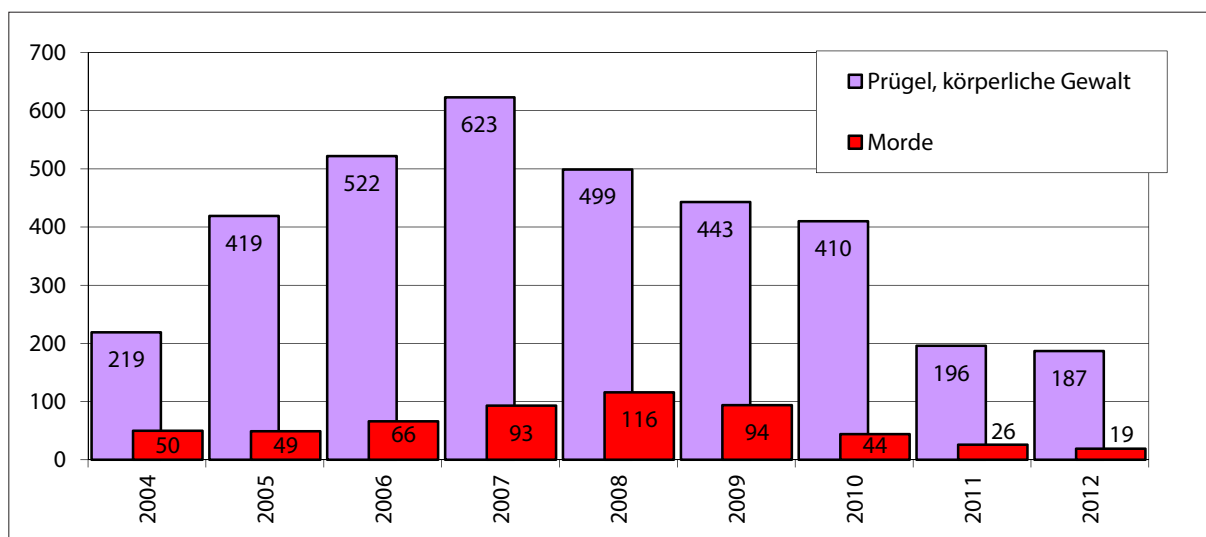
Robert Kusche ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer der sächsischen Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt der RAA Sachsen e.V., er war als ASF-Freiwilliger in Moskau und hat seine Masterarbeit über die extreme Rechte in Russland geschrieben. Er ist Mitautor des Länderberichts »Hate Crime in Russia« der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ).

Lesetipps

- Golova, Tatiana; Kusche, Robert; Weinmann, Ute: Hate Crime in Russia. Monitoring and Support for Victims of Racist Violence. With the assistance of: Anzhelika Avdeeva, Sebastian Friedrich, Sabine Seyb. Berlin, Berlin: ReachOut – Victim Counselling and Education against Right-wing Extremism, Racism and Anti-Semitism, a project by ARIBA e.V. Oktober 2010 (= <http://www.stiftung-evz.de/w/files/publikationen/hc-ru-vollversion-en-freigabereachout-3-.pdf>, 4. Mai 2011), 82 S.
- Beichelt, Timm; Minkenberg, Michael: Rechtsradikalismus in Osteuropa: Bilanz einer Debatte, in: Osteuropa, 52.2002, Nr. 8, S. 1056–1062.
- Laryš, Martin und Mareš, Miroslav: Right-Wing Extremist Violence in the Russian Federation. In: Europe-Asia Studies, 63.2011, Nr. 1, S. 129–154.
- Varga, Mihai: How Political Opportunities Strengthen the Far Right: Understanding the Rise in Far-Right Militancy in Russia, in: Europe-Asia Studies, 60.2009, Nr. 4, S. 561–579.
- Verkhovsky, Alexander [Verchovskij, Aleksandr]: The Ultra-Right in Russia 2012, September 2012 (= FES International Policy Analysis <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09348.pdf>, 4.10.2012), 8 S.
- Worger, Peter: A mad crowd. Skinhead youth and the rise of nationalism in post-communist Russia, in: Communist and Post-Communist Studies, 45.2012, Nr. 3–4, S. 269–278.
- Zuev, Denis: The Russian March: Investigating the Symbolic Dimension of Political Performance in Modern Russia, in: Europe-Asia Studies, 65.2013, Nr. 1, S. 102–126.
- Zahlen zu rassistischer Gewalt finden sich unter <http://www.sova-center.ru/en/database/>

Rassistisch motivierte und gegen Minderheiten gerichtete Gewaltakte in Russland 2004–2012

Grafik 1: Rechte Gewalt 2004–2012



Quelle: SOWA-Zentrum: Datenbank. Gewaltakte, unter: <http://www.sova-center.ru/database/>

Tabelle 1: Verurteilungen wegen Gewaltdelikte mit Hassmotiv 2004–2012

Jahr	Zahl der Verurteilungen	Zahl der Verurteilten	Bewährungsstrafen oder Freisetzung
2004	9	26	5
2005	17	56	5
2006	33	109	24
2007	23	65	18
2008	34	110	25
2009	52	129	35
2010	91	297	120
2011	61	193	75
2012	28	61	11

Quelle: SOWA-Zentrum: Datenbank. Gewaltakte, unter: <http://www.sova-center.ru/database/>

Tabelle 2: Rassistisch motivierte und gegen Minderheiten gerichtete Gewaltakte: Opferkategorien

Die Kategorien bezeichnen nicht die tatsächliche Identität der Opfer, sondern die Identität, die ihnen die Angreifer zugeschrieben haben.

	Insgesamt	Dunkelhäutige Personen	Personen aus Zentralasien	Personen aus dem Kaukasus	Personen aus Nordafrika und dem mittleren Osten	Personen aus der Region Asien-Pazifik	Andere Personen »nicht-slawischen Aussehens«	Angehörige der jugendlichen Subkultur und linker Jugendgruppen	Obdachlose	Russen	Juden	Religiöse Gruppen	LGBT (Lesbisch-Schwul-Bi-Transgender)	Andere
Mord														
2004	50	1	10	15	4	8	2	0	-	-	-	-	-	10
2005	49	3	18	12	1	4	3	3	-	-	-	-	-	5
2006	66	2	17	15	0	4	4	3	-	-	-	-	-	21
2007	93	0	35	27	2	2	20	5	-	-	-	-	-	2
2008	116	2	63	27	2	1	11	4	-	-	-	-	-	6
2009	94	2	40	18	0	14	9	5	4	0	0	1	0	1
2010	44	1	20	5	0	3	7	3	1	1	0	0	0	3
2011	26	1	10	6	0	0	1	1	3	1	2	0	0	1
2012	19	0	7	4	0	0	1	1	6	0	0	0	0	0
Prügel / Körperliche Gewalt														
2004	219	33	23	38	12	30	22	4	-	-	-	-	-	57
2005	419	38	35	52	22	58	72	121	-	-	-	-	-	21
2006	522	32	60	72	11	52	69	119	-	-	-	-	-	107
2007	623	38	82	64	21	45	90	195	-	-	-	-	-	88
2008	499	23	123	76	13	41	56	87	-	-	-	-	-	80
2009	443	59	92	78	2	36	62	77	0	8	3	2	0	24
2010	410	26	86	45	2	19	100	62	3	8	3	22	3	31
2011	196	19	35	17	5	11	25	35	3	7	2	24	3	10
2012	187	25	35	14	0	5	14	54	2	7	0	10	12	9

Quelle: SOWA-Zentrum: Datenbank. Gewaltakte, unter: <http://www.sowa-centerru.ru/database/>

Tabelle 3: Verurteilungen wegen Hasspropaganda (Artikel 282 des Strafgesetzbuches) 2004–2012, die von SOWA nicht als irrig angesehen werden

	Zahl der Verurteilungen	Zahl der Verurteilten	Bewährungsstrafen oder Freisetzung
2004	3	3	2
2005	12	15	6
2006	17	20	7
2007	28	42	12
2008	44	60	21
2009	48	58	22
2010	65	70	32
2011	69	73	32
2012	82	82	17

Quelle: SOWA-Zentrum: Datenbank. Gewaltakte, unter: <http://www.sova-center.ru/database/>

Tabelle 4: Verurteilungen wegen Anstiftung zum Extremismus (Artikel 280 des Strafgesetzbuches) 2005–2012

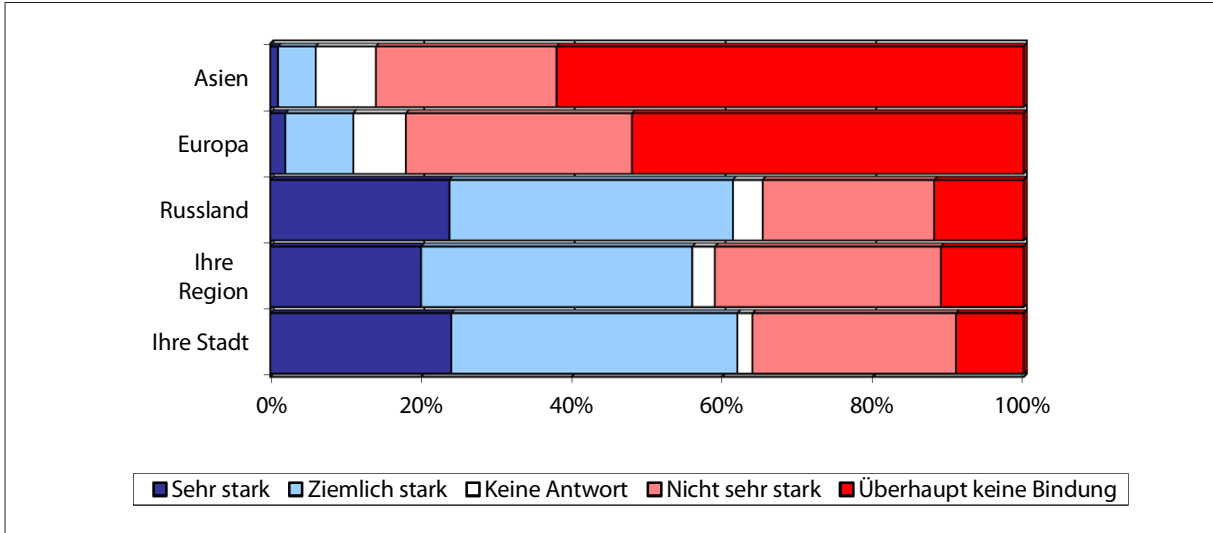
	Zahl der Verurteilungen	Zahl der Verurteilten	Bewährungsstrafen oder Freisetzung
2005	5	5	3
2006	7	9	2
2007	5	5	0
2008	9	15	7
2009	10	13	11
2010	12	14	7
2011	14	15	8
2012	14	20	6

Quelle: SOWA-Zentrum: Datenbank. Gewaltakte, unter: <http://www.sova-center.ru/database/>

UMFRAGE

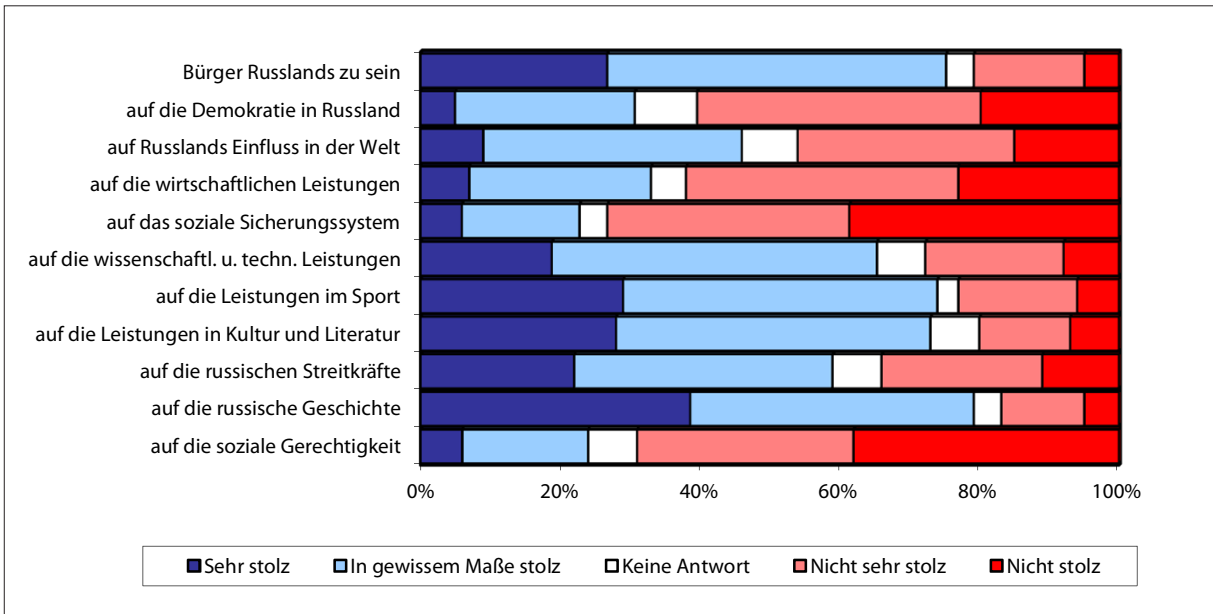
Russische Identitäten

Grafik 2: Wie stark empfinden Sie die Bindung an ...



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, Oktober 2012 <http://www.levada.ru/print/20-11-2012/bolee-poloviny-naseleniya-govoryat-o-silnoi-svyazi-s-rossiei>; <http://www.levada.ru/print/21-11-2012/76-naseleniya-gordyatsya-rossiiskim-grazhdanstvom-kazhdomu-vtoromu-za-stranu-styдно>

Grafik 3: In welchem Maße sind Sie stolz ...



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, Oktober 2012 <http://www.levada.ru/print/20-11-2012/bolee-poloviny-naseleniya-govoryat-o-silnoi-svyazi-s-rossiei>; <http://www.levada.ru/print/21-11-2012/76-naseleniya-gordyatsya-rossiiskim-grazhdanstvom-kazhdomu-vtoromu-za-stranu-styдно>

Sympathien und Antipathien gegenüber nichtrussischen Ethnien in Moskau und St. Petersburg

Tabelle 5: Gegenüber welcher Nationalität empfinden Sie am meisten Sympathie?
(Offene Frage, beliebige Zahl an Antworten)

Moskau		St. Petersburg	
Russen	44 %	Russen	52 %
Weißrussen	17 %	Weißrussen	14 %
Ukrainer	15 %	Ukrainer	11 %
Tadzhiken	3 %	Deutsche	3 %
Armenier	3 %	Europäer	3 %
Tataren	3 %	Juden	3 %
Georgier	3 %	Engländer	2 %
Europäer	3 %	Armenier	2 %
Juden	3 %	Kasachen	2 %
Uzbeken	2 %	Georgier	2 %
Deutsche	2 %	Asiaten	1 %
Kasachen	2 %	Amerikaner	1 %
Amerikaner	1 %	Esten	1 %
Engländer	1 %	Finnen	1 %
Japaner	1 %	Tschetschenen	1 %
Tschetschenen	1 %	Franzosen	1 %
Kaukasier	1 %	Tataren	1 %
Osseten	1 %	Osseten	1 %
Moldawier	1 %	Balten	1 %
Mordwinen	1 %	Moldawier	1 %
Koreaner	1 %	Letten	1 %
Litauer	1 %	Italiener	1 %
Kirgisen	1 %	Baschkiren	1 %
Niemand	1 %	Andere	14 %
Andere	13 %	Keine Antwort	15 %
Keine Antwort	12 %		

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–24. November 2011, N = 1200 je Stadt. Veröffentlicht am 1. Februar 2012 unter: <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/112356.html>

**Tabelle 6: Gegenüber welcher Nationalität empfinden Sie Verärgerung, Feindschaft?
(Offene Frage, beliebige Zahl an Antworten)**

Moskau		St. Petersburg	
Kaukasier	31 %	Kaukasier	28 %
Tadzhiken	23 %	Tadzhiken	24 %
Azerbajdzhaner	17 %	Uzbeken	18 %
Uzbeken	13 %	Azerbajdzhaner	11 %
Tschetschenen	12 %	Tschetschenen	8 %
Georgier	9 %	Asiaten	7 %
Armenier	6 %	Georgier	6 %
Dagestaner	5 %	Dagestaner	5 %
Asiaten	4 %	Armenier	3 %
Kirgisen	4 %	Amerikaner	2 %
Ukrainer	2 %	Ukrainer	2 %
Tataren	2 %	Chinesen	2 %
Chinesen	2 %	Juden	2 %
Abchasen	1 %	Roma	1 %
Amerikaner	1 %	Turkmenen	1 %
Roma	1 %	Osseten	1 %
Osseten	1 %	Balten	1 %
Balten	1 %	Moldawier	1 %
Moldawier	1 %	Kirgisen	1 %
Kasachen	1 %	Kasachen	1 %
Inguscheten	1 %	Niemand	1 %
Juden	1 %	Andere	15 %
Vietnamesen	1 %	Keine Antwort	8 %
Niemand	2 %		
Andere	11 %		
Keine Antwort	7 %		

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 14.–24. November 2011, N = 1200 je Stadt. Veröffentlicht am 1. Februar 2012 unter: <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/112356.html>

Gleichbehandlung und Rassendiskriminierung

Tabelle 7: Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass man sich gleich gegenüber Menschen verschiedener Rassen und Ethnien verhält?

	Sehr wichtig	Ziemlich wichtig	Nicht allzu wichtig	Überhaupt nicht wichtig	Je nachdem	Schwer zu sagen
Mexiko	94 %	5 %	1 %	0 %	0 %	0 %
USA	79 %	17 %	2 %	1 %	0 %	0 %
Frankreich	69 %	25 %	2 %	2 %	1 %	1 %
Großbritannien	87 %	10 %	1 %	0 %	0 %	1 %
Russland	37 %	46 %	10 %	3 %	1 %	3 %
Ukraine	50 %	37 %	8 %	2 %	1 %	3 %
Aserbajdschan	68 %	21 %	8 %	2 %	1 %	1 %
Ägypten	71 %	26 %	3 %	0 %	0 %	0 %
Iran	62 %	20 %	2 %	1 %	0 %	14 %
Palästina	70 %	23 %	5 %	2 %	0 %	1 %
Türkei	73 %	15 %	5 %	3 %	2 %	2 %
Nigeria	71 %	25 %	3 %	1 %	1 %	0 %
China	90 %	8 %	1 %	0 %	0 %	1 %
Indien	44 %	15 %	5 %	5 %	30 %	2 %
Indonesien	75 %	14 %	5 %	1 %	2 %	3 %
Südkorea	71 %	23 %	5 %	1 %	0 %	0 %
Mittel	69 %	21 %	4 %	2 %	2 %	2 %

Quelle: Angaben des Lewada-Zentrums 2008 <http://www.levada.ru/press/2008032101.html>

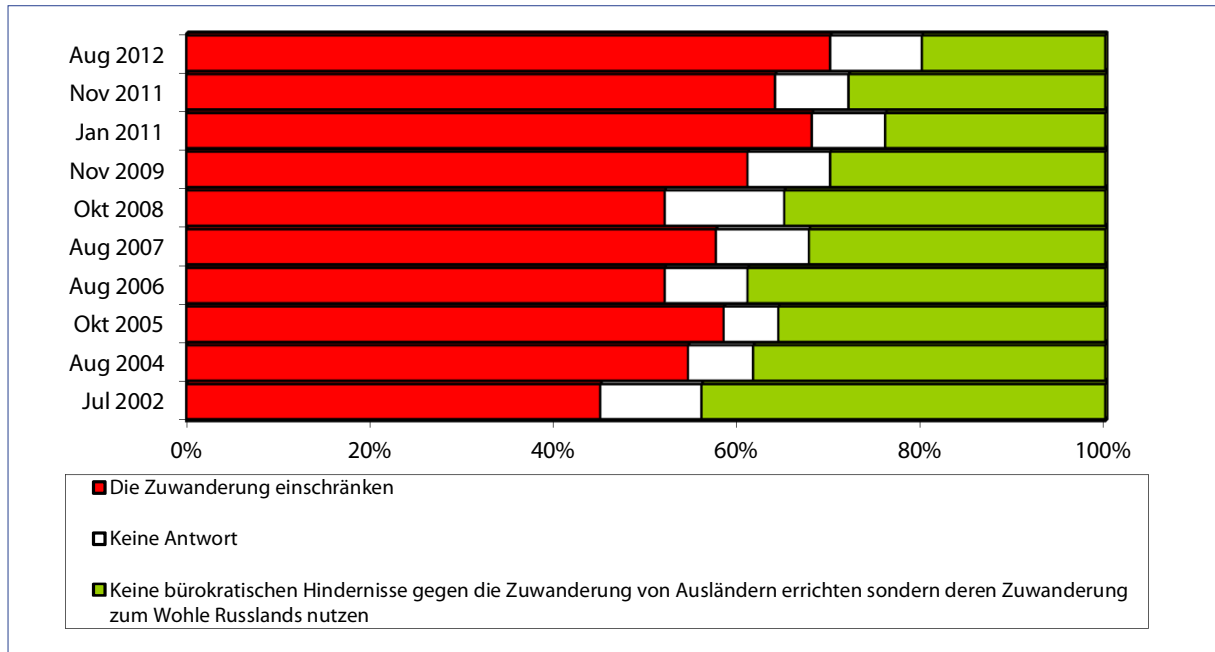
Tabelle 8: Können Sie sagen, ob man angefangen hat, im Laufe Ihres Lebens Menschen anderer Völker und Rassen in Ihrer Gesellschaft im Vergleich zur ethnischen Mehrheit mehr oder weniger gleichberechtigt zu behandeln?

	Sie werden jetzt mit einem sehr viel höheren Maß an Gleichberechtigung behandelt	Sie werden jetzt etwas mehr gleichberechtigt behandelt	Sie werden jetzt etwas weniger gleichberechtigt behandelt	Sie werden jetzt mit einem sehr viel geringerem Maß an Gleichberechtigung behandelt	Es hat keine wirklichen Veränderungen gegeben	In unserer Gesellschaft verhält man sich zu Minderheiten jetzt besser als zur Mehrheit (d. h., in Russland zu den Russen)	Schwer zu sagen
Mexiko	11 %	55 %	10 %	2 %	19 %	0 %	1 %
USA	42 %	40 %	6 %	2 %	10 %	0 %	0 %
Frankreich	12 %	50 %	10 %	6 %	20 %	0 %	2 %
Großbritannien	39 %	40 %	5 %	2 %	12 %	0 %	2 %
Russland	12 %	25 %	12 %	8 %	25 %	4 %	15 %
Ukraine	10 %	26 %	6 %	5 %	38 %	1 %	12 %
Aserbaidschan	20 %	19 %	12 %	7 %	31 %	4 %	6 %
Ägypten	17 %	47 %	24 %	11 %	0 %	0 %	0 %
Iran	32 %	44 %	5 %	2 %	5 %	0 %	12 %
Palästina	7 %	20 %	36 %	18 %	12 %	4 %	3 %
Türkei	16 %	38 %	13 %	7 %	9 %	2 %	1 %
Nigeria	11 %	32 %	28 %	17 %	10 %	2 %	0 %
China	34 %	44 %	13 %	2 %	4 %	1 %	4 %
Indien	27 %	27 %	9 %	10 %	9 %	5 %	15 %
Indonesien	31 %	51 %	8 %	2 %	4 %	1 %	4 %
Südkorea	4 %	67 %	6 %	2 %	20 %	0 %	0 %
Mittel	20 %	39 %	13 %	6 %	14 %	2 %	6 %

Quelle: Angaben des Lewada-Zentrums 2008 <http://www.levada.ru./press/2008032101.html>

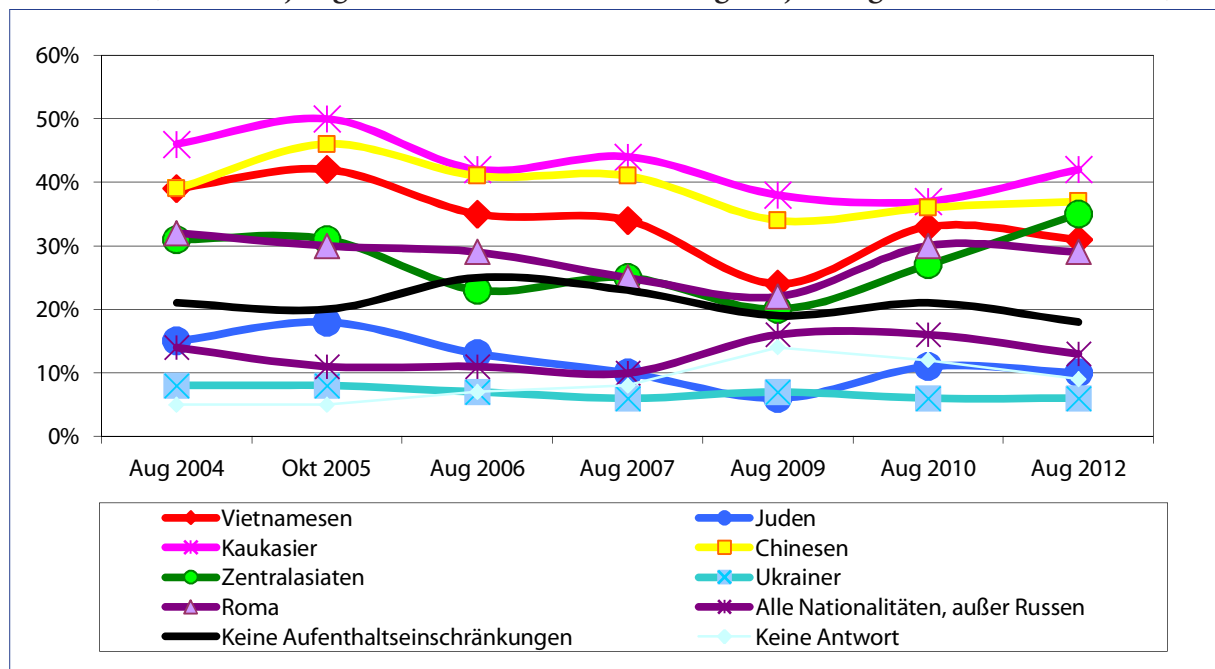
Der Blick auf die Migranten

Grafik 4: Welche Politik sollte die russische Regierung gegenüber Zuwanderern verfolgen?



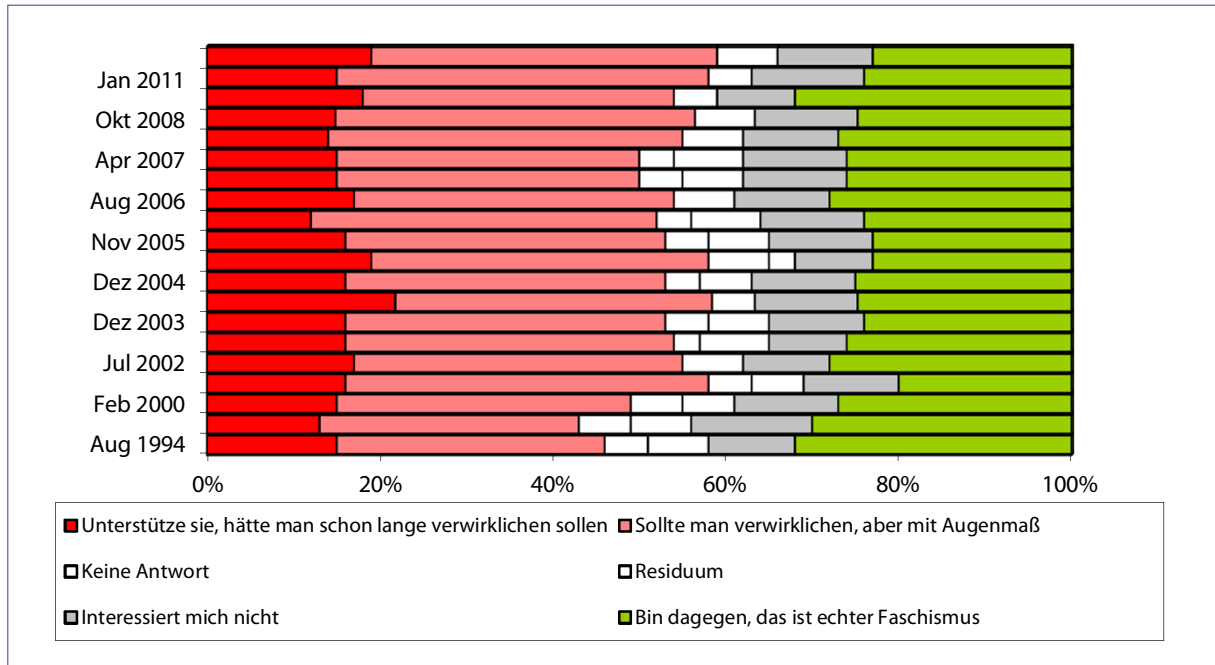
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–21. August, N = 1601. Veröffentlicht am 30. August 2012 unter: <http://www.levada.ru/print/30-08-2012/rossiyane-o-politike-v-otnoshenii-priezzhikh>

Grafik 5: Sollte der Aufenthalt folgender Nationalitäten in Russland beschränkt werden? (Anteil derjenigen, die für eine Beschränkung der jeweiligen Nationalitäten sind)



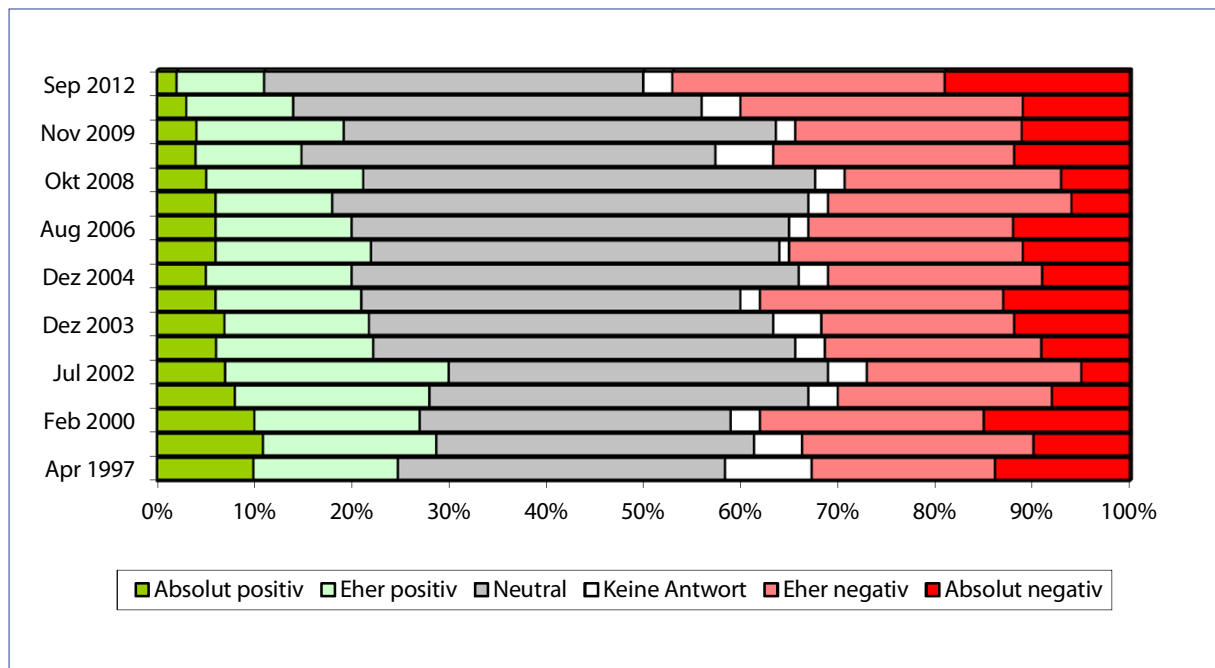
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–21. August, N = 1601. Veröffentlicht am 30. August 2012 unter: <http://www.levada.ru/print/30-08-2012/rossiyane-o-politike-v-otnoshenii-priezzhikh>

Grafik 6: Wie stehen Sie zu der Idee »Russland den Russen«?



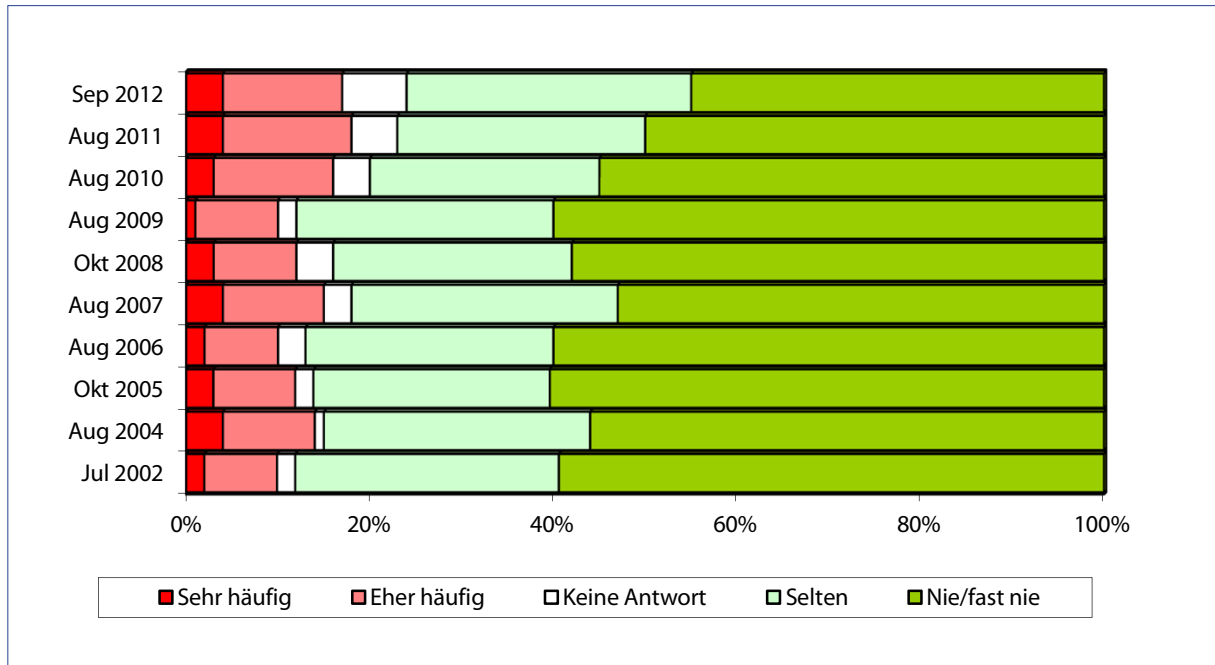
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 17.–21. August, N = 1601. Veröffentlicht am 30. August 2012 unter: <http://www.levada.ru/print/30-08-2012/rossiyane-o-politike-v-otnoshenii-priezzhikh>

Grafik 7: Wie stehen Sie dazu, dass auf russischen Baustellen immer öfter Arbeiter aus Moldawien, Tadschikistan, Kirgisien und anderen Ländern des »nahen Auslands« anzutreffen sind?



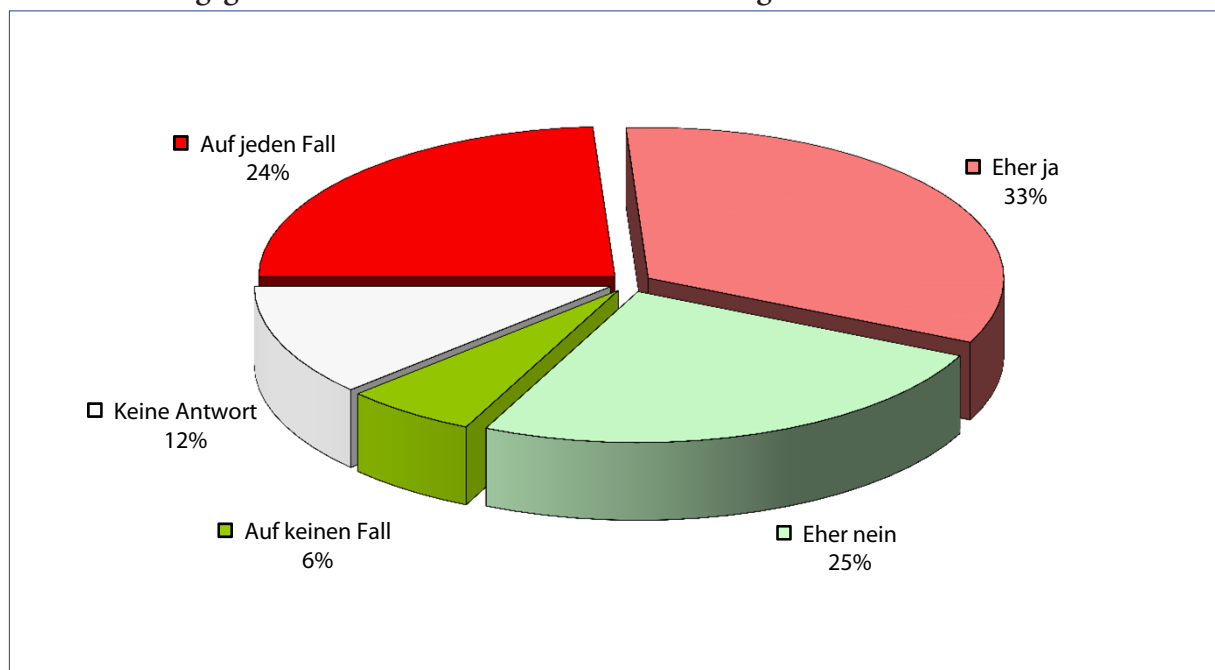
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601. Veröffentlicht am 19. Oktober 2012 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2012/47-rossiyan-otritsatelno-otnosyatsya-k-gastarbeitern>

Grafik 8: Fühlen Sie aktuell Feindschaft von Menschen anderer Nationalität Ihnen gegenüber?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601. Veröffentlicht am 19. Oktober 2012 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2012/47-rossiyan-otritsatelno-otnosyatsya-k-gastarbaiteram>

Grafik 9: Sind Sie für Einschränkungen beim ständigem Wohnsitz und bei der Arbeitserlaubnis gegenüber Bewohnern anderer russischer Regionen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601. Veröffentlicht am 19. Oktober 2012 unter: <http://www.levada.ru/print/16-10-2012/47-rossiyan-otritsatelno-otnosyatsya-k-gastarbaiteram>

Rede von Außenminister Guido Westerwelle bei der Deutsch-russischen NGO-Konferenz

25.04.2013 – es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Professor Fedotov, sehr geehrter Kollege Schockenhoff, Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich begrüße Sie herzlich zur deutsch-russischen NGO-Konferenz im Europasaal des Auswärtigen Amts.

Nichtregierungsorganisationen gehören heute zu den treibenden politischen Kräften in einer immer enger vernetzten Welt. NGOs gehen heute nicht selten voran, verlassen ausgetretene Pfade des Denkens und Handelns und entwickeln neue Lösungsansätze.

Ihre Nähe zu den Problemen, ihr Fachwissen und auch ihre Vernetzung untereinander macht sie zu wertvollen politischen Akteuren.

Gerade in Zeiten der Globalisierung gilt: Staat und Zivilgesellschaft können nur gemeinsam und über nationale Grenzen hinweg auf eine immer komplexere Welt reagieren und die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit lösen.

Eine Gesellschaft, die das zivile Engagement mündiger Bürger fördert, ist besser in der Lage, sich den weltweiten Veränderungen anzupassen.

Nur die lernende Gesellschaft ist eine stabile Gesellschaft, weil sie mit Veränderungen Schritt halten kann.

Freie, vielfältige Gesellschaften bieten auf lange Sicht mehr Stabilität als unfreie Gesellschaften, die in erzwungener Einheit verharren. Heute, im Zeitalter der Globalisierung, gilt dies mehr als je zuvor.

Walther Rathenau, der große deutsche Außenminister der 20er Jahre, sagte: »Die Wasser der Weltgeschichte fließen unablässig hinab zum Tale, das da Freiheit heißt. Sie lassen sich durch nichts umkehren, höchstens aufhalten. Doch überlange Stauung bricht die Dämme.«

Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Grundlagen des russischen wie des deutschen Rechtssystems.

Im deutschen Grundgesetz heißt es: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Die russische Verfassung lautet: »Anerkennung, Wahrung und Schutz der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers sind Verpflichtung des Staates.« Das ist ein gutes Beispiel für den gemeinsamen Raum der europäischen Werte.

Es wird manchmal behauptet, der Westen wolle Russland seine Werte aufzwingen. Dieser Vorwurf ist unberechtigt und sogar gefährlich, weil er Russland außerhalb des europäischen Wertesystems stellt. Im Rahmen von Europarat und OSZE haben wir gemeinsam uns zu diesen europäischen Werten bekannt.

Präsident Putin hat sich immer wieder zur europäischen Orientierung Russlands bekannt. Lassen Sie uns ihn beim Wort nehmen. Frieden, Freiheit und Wohlstand haben ihr Fundament in unseren europäischen Werten. Und deshalb bleibt das Leitbild einer strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland richtig.

Frieden und gedeihliche Entwicklung auf unserem Kontinent kann es nur geben, wenn Europäer und Russen aufeinander zugehen.

Bei der diesjährigen Hannover-Messe war Russland Partnerland. Unser bilaterales Handelsvolumen stieg im letzten Jahr auf ein Rekordhoch von über 80 Milliarden Euro. Potenzial für eine weitere Steigerung ist vorhanden.

Der wirtschaftliche Austausch wird sich umso stärker entwickeln, je besser die Rahmenbedingungen dafür sind. Hierzu zählen vor allem Rechtsstaatlichkeit und transparentes sowie berechenbares Verwaltungshandeln.

Der Einsatz für gute Investitionsbedingungen und für eine starke Zivilgesellschaft sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Wir begrüßen, dass Russland für Investitionen noch attraktiver werden will. Und wir begrüßen, dass auch Russland die Mittelschicht stärken will. Dabei werden wir Russland gern unterstützen.

Wie stark die Mittelschicht in einem Land ist, sagt nicht nur etwas aus über die Wirtschaft, sondern auch über die Gerechtigkeit in einem Land. Eine breite und gesunde Mittelschicht ist die Klammer einer stabilen Gesellschaft.

Deshalb haben mein Kollege Sergej Lawrow und ich vereinbart, das Thema Mittelschicht zum Gegenstand der deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft zu machen. In wenigen Tagen findet in Moskau eine erste deutsch-

russische Konferenz zu diesem Thema statt. Ich freue mich, dass das Deutsch-Russische Forum als Ko-Organisator bei dieser Konferenz dabei ist.

Es gibt in unseren beiden Ländern eine lebendige und bunte Zivilgesellschaft. Es gibt zehntausende Freiwillige, die sich mit großem Engagement beispielsweise dem Schutz der Umwelt widmen oder sich für soziale Projekte engagieren. Wir begrüßen ehrenamtliches Engagement für Toleranz, für Bildungschancen, für Rechtssicherheit, für Menschenrechte und für andere ehrenwerte Ziele.

Wenn Nichtregierungsorganisationen von staatlicher Seite Misstrauen entgegenschlägt, werden die Bedingungen für ihre Arbeit sehr schwierig.

Kritisiert zu werden, ist nie schön für Regierungen. Wichtig ist aber, dass die Politik die Zivilgesellschaft als Partner auffasst.

Wir erwarten, dass NGOs fair und respektvoll behandelt werden. Wenn dem nicht so ist, dann erheben wir unsere Stimme. Wir können nicht akzeptieren, dass die Zivilgesellschaft mehr und mehr eingeschränkt wird. Das Strafrecht, gar Haftstrafen, ist aus unserer Sicht dafür nicht das Mittel der Wahl.

Seit Februar sind mehrere Hundert Nichtregierungsorganisationen in Russland umfassend kontrolliert worden. Die Bundesregierung sieht dieses konzertierte Vorgehen mit Sorge.

Nicht nur, weil auch deutsche Organisationen betroffen sind. Wir sind vor allem besorgt über die Auswirkungen auf die russische Zivilgesellschaft. Das hat die Bundesregierung ihren russischen Partnern sehr deutlich gemacht.

Den betroffenen Organisationen wird vorgeworfen, ihre Arbeit mithilfe ausländischer Gelder zu finanzieren.

Zivilgesellschaft ist kein nationales Projekt, erst recht nicht in Zeiten der Globalisierung. Die Themen und Herausforderungen, denen die Zivilgesellschaft sich heute widmet, überschreiten häufig die Landesgrenzen. In Zeiten wachsender Verflechtung sind Regierungen, Unternehmen und auch NGOs regional, national und international aktiv. Wir leben in einer vernetzten Welt.

Die Gesellschaften Deutschlands und Russlands wollen wir weiter miteinander verflechten. Wir wollen die Begegnung von Menschen aus beiden Ländern fördern und die Zusammenarbeit deutscher und russischer NGOs erleichtern.

Deutschland steht zum langfristigen Ziel der Visafreiheit zwischen Russland und der Europäischen Union. Ich werde mich auch in Zukunft für den Fortschritt der Verhandlungen über das Visierleichterungsabkommen einsetzen.

Bis dahin sollten bereits jetzt alle Erleichterungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, die uns das europäische Recht gibt. Das ist mir ein persönliches Anliegen.

Unser Blick für die strategischen Chancen der Zusammenarbeit mit Russland steht nicht im Widerspruch zu einem offenen und mitunter auch kritischen Dialog in partnerschaftlichem Geist.

Ich danke Ihnen für Ihre wichtige Arbeit und ermutige Sie, in Ihrem Engagement nicht nachzulassen.

Nicht weniger, sondern mehr Dialog, mehr Offenheit, mehr Austausch sind das Gebot der Stunde. Sie wissen am besten, wie schwer dieser Weg ist. Aber er ist richtig.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Quelle: Website des Auswärtigen Amtes, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2013/130425-BM_R_RUS_NGO_Konf.html

Die Deutsch-Russische NGO-Konferenz in Berlin

Jens Siegert, Berlin

Andreas Schockenhoff, Beauftragter der Bundesregierung für die gesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und CDU/CSU-Fraktionsvize im Bundestag, hatte das Glück des Tüchtigen. Als er die vorwöchige Konferenz zum russischen »NGO-Agentengesetz« im Auswärtigen Amt in Berlin Ende vorigen Jahres zu planen begann, konnte niemand wissen, wie aktuell der Zeitpunkt, Ende April 2013, sein würde. Seit Anfang März werden NGOs in Russland, die Geld aus dem Ausland erhalten, flächendeckend durch Staatsanwaltschaft, Justizministerium, Steuerinspektion und andere Behörden »überprüft«, bisher insgesamt schon über 600.

Mitte April wurden die ersten NGOs gerügt. Sie bekämen Geld aus dem Ausland, betätigten sich »politisch« und seien deshalb verpflichtet, sich dem »NGO-Agentengesetz« gemäß als »ausländische Agenten« registrieren zu lassen. Während ich das am 1. Mai schreibe (und Präsident Putin den Dirigenten Walerij Gergijew, ab 2015 Chefdirigent der Münchener Philharmoniker, zum ersten postkommunistischen »Held der Arbeit« ernannt) haben bereits mehrere Dutzend NGOs derartige Bescheide erhalten, darunter das Menschenrechtszentrum Memorial, Transparency International Russland, aber auch zum Beispiel der Organisation »Hilfe für Mukoviszidose-Kranke«. Weitere, wenn nicht die meisten der überprüften Organisationen werden, so muss man angesichts der jüngsten Entwicklungen befürchten, folgen. Binnen Monatsfrist müssen sich die gerügten NGOs nun als »Agenten« registrieren lassen oder Einspruch einlegen und es auf eine offene Auseinandersetzung mit dem Staat ankommen lassen.

Vor diesem Hintergrund war das Interesse an der von Schockenhoff organisierten Konferenz riesig. Mehr als 400 Teilnehmer (aus Politik, NGOs, Städtepartnerschaften, deutsch-russischen Freundschaftsgesellschaften, natürlich Presse aber auch Wirtschaft) drängten sich im Europasaal des Auswärtigen Amtes, davon rund 100 Vertreter russischer NGOs, die mit deutschen Partnern zusammen arbeiten. Nicht nur der Andrang, sondern vor allem die Beiträge zeigten die veränderte Stimmung in der deutschen Russland-Community. Während noch vor nicht allzu langer Zeit bei solchen, nun ja, teil-offiziellen Anlässen diejenigen zu überwiegen schienen, die einen pfleglicheren Umgang mit »Russland« (gemeint war oft »mit der russischen Führung«) anmahnte, waren solche Stimmen diesmal in der Minderheit.

Den Anfang machte Bundesaußenminister Guido Westerwelle [vgl. S. 23]. Er führte die seit dem Herbst neue Linie der Bundesregierung fort. Der von den Koali-

tionsparteien und den Grünen bei Enthaltung der SPD und Gegenstimmen der Linken getragene Beschluss des Bundestags zur Russlandpolitik im vergangenen Herbst und die Putin-Kritik von Kanzlerin Angela Merkel Mitte November 2012 in Moskau markieren eine Art Wendepunkt. Wenn bis dahin Kritik intern angesprochen und später öffentlich darüber geredet wurde, erfolgt sie nun gleich öffentlich, wenn auch in angemessen diplomatischer Verpackung: »Freie, vielfältige Gesellschaften« seien »auf lange Sicht« stabiler und zukunftsfähiger; in einer globalisierten Welt könnten »Staat und Zivilgesellschaft nur gemeinsam und über nationale Grenzen hinweg« angemessen auf die vor uns allen liegenden Probleme reagieren; gute Investitionsbedingungen und eine starke Zivilgesellschaft seien »keine Gegensätze, sondern zwei Seiten ein und derselben Medaille«. Außerdem sei die Verflechtung zwischen Russland und Deutschland sowie der EU inzwischen so groß, dass man sich nicht nur öffentlich kritisieren könne, sondern sogar müsse. Die Worte sind gewogen, doch allein: Es zählen Öffentlichkeit und Publikum. In der ersten Reihe saß der russische Botschafter in Deutschland Wladimir Grinin. Der Beifall für Westerwelle war freundlich-zustimmend.

Wirklich rauschend war dagegen, drei Redner später, der Beifall für Pawel Tschikow. Der junge Rechtsanwalt aus Kasan in Tatarstan leitet die Menschenrechtsorganisation AGORA, die sich vor allem für Beschuldigte in politischen Verfahren einsetzt und NGOs rechtlich berät. Er fasste die gegenwärtige Entwicklung in Russland vielleicht ein wenig vereinfachend-überspitzt, nichtsdestotrotz aber treffend so zusammen: Zuerst sei mit dem »NGO-Agentengesetz« der Gleichklang »NGOs – Geld aus dem Ausland – politische Tätigkeit – ausländische Agenten« in der Öffentlichkeit etabliert worden. Inzwischen funktioniere bereits die Assoziation »NGOs – Geld aus dem Ausland – ausländische Agenten«. Und bald, so prognostizierte Tschikow, gelte ganz verkürzt »NGOs – ausländische Agenten«.

Tschikows eigene Organisation AGORA wurde Anfang dieser Woche von der tatarischen Staatsanwaltschaft zur »Agentin« erklärt. Man sollte das nicht als Antwort auf seinen Auftritt in Berlin werten, es wäre ohnehin passiert. AGORA, so heißt es in dem staatsanwaltschaftlichen Bescheid, unterstütze Beschuldigte in politischen Prozessen. Da es aber in Russland keine politischen Prozesse gebe, sei das »politische Tätigkeit«, AGORA somit »Agent« und habe folglich um Registrierung zu bitten, was bisher unterblieben sei. Eine, wie man in Russland sagt, »eiserne« Logik.

Hier sollte nicht unerwähnt bleiben, dass noch am 24. Dezember vorigen Jahres unter der Vorgangsnummer 15/105591-AS und mit Unterschrift eines stellvertretenden Ministers das Justizministerium AGORA auf Anfrage versichert hatte, »keine Anzeichen« von Agententum dort entdecken zu können. So schnell ändern sich die Zeiten.

Pawel Tschikow konnte in Berlin eine das Publikum sichtlich beeindruckende Anzahl ähnlichen Logikprinzipien folgenden Argumentationsleistungen vorbringen. Immer geht es darum, dass sich NGOs um einen Missstand kümmern und dieser Missstand entweder von der Staatsanwaltschaft geleugnet wird oder der »Kompetenz« der NGOs entzogen (weil er z. B. bei der Korruptionsbekämpfung in die »Kompetenz« eben dieser Staatsanwaltschaft fällt). Folglich, so die Staatsanwaltschaft, kann es sich bei der Tätigkeit der jeweils befassten NGO nur um den Versuch handeln, staatliches Handeln zu beeinflussen. Den aber definiert das »NGO-Agentengesetz«, so ausländisches Geld im Spiel ist, als »politische Tätigkeit« und damit, so die NGO nicht als »ausländischer Agent« registriert ist, ergibt sich »Missachtung des Gesetzes«. Da noch niemand registriert ist (die meisten NGOs weigern sich; wer es dennoch versuchte, traf, wie oben am Beispiel von AGORA zu sehen, vor Beginn der laufenden Anti-NGO-Kampagne auf eine Ablehnung des Justizministeriums), wird es wohl bald sehr viele getroffen haben.

Pawel Tschikow hatte in Berlin mit seiner im Stakato vorgetragenen Kette absurder Beispiele vor dem 400er-Publikum leichtes Spiel. Der russischen Entwicklung seit Mitte 2011 folgend, scheint der Putinsche Lack auch in Deutschland zu blättern. Das hat drei Gründe. Der erste ist Putin selbst. Er hat, aus welchen Gründen auch immer, genau in dem Moment beschlossen, in den Kreml zurück zu kehren, in dem sein Stern zu sinken begann (ich wähle dieses Bild vom sinkenden Stern ganz bewusst). Putin hat viele Menschen, auch in Deutschland, geblendet. Nun strahlt er immer schwächer (wie Umfragen des Lewada-Zentrums deutlich zeigen), und damit werden auch seine Schwächen sichtbar(er). Wenn Westerwelle damit Recht hat (was ich glaube), dass die moderne, globalisierte Welt vielfältigere Antworten erfordert, dann ist Putin ganz sicher nicht der richtige Mann dafür. Außerdem hat er das banale Problem aller Politiker, die lange an der Macht sind: Sie hängen den Menschen zunehmend zum Halse raus.

Der zweite und der dritte Grund sind ganz ähnlich, unterscheiden Deutschland (und teilweise den Westen insgesamt) aber von Russland deutlich: die Einkerke-

lung von Pussy Riot und die Anti-Homosexuellengesetze. Beide Gründe machen auf einer vordergründig wenig politischen Ebene fundamentale Unterschiede zur Frage deutlich, wie eine moderne Gesellschaft verfasst sein sollte, und zwar nicht nur auf der Ebene der Regierungen, sondern sogar vielleicht mehr noch der Gesellschaften.

Dem konnte sich offenbar auch Rainer Lindner, Geschäftsführer des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft nicht entziehen. Fast entschuldigend verteidigte er das wirtschaftliche Engagement deutscher Firmen in Russland, das immerhin zu verhältnismäßigem Wohlstand mehrerer Hunderttausend Arbeitnehmer führe und so auch einen Beitrag zur Demokratisierung Russlands leiste. Allerdings, so Lindner, gebe es auch in der Wirtschaft Sorge um eine, so wörtlich, »Belorussisierung« der russischen Politik. Auch das ein Anzeichen dafür, dass Putin vom »Garanten« eines guten Investitionsklimas zu seiner Gefährdung zu werden droht (oder schon geworden ist).

Fast unhörbar blieben auf der Konferenz im AA jene Stimmen, die davor warnen, »Russland von oben herab« zu behandeln, oder »die Russen belehren zu wollen«. Eine der lautesten von ihnen, der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums und ehemalige deutsche Botschafter in Moskau Ernst-Jörg von Studnitz, hatte sich mit einem harschen offenen Brief selbst ausgeladen. Von Studnitz wollte sich nicht damit abfinden, auf dem Auftaktpanel keinen Platz zu finden (im Anschluss an die Ministerrede, besetzt mit Schockenhoff, dem Vorsitzenden des russischen Rates für Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten Michail Fedotow und seiner Vorgängerin Ella Pamfilowa, sowie Pawel Tschikow). Die Moderation eines Panels am zweiten Tag lehnte Studnitz ab.

So übernahm es ein junger Mann, der sich als Mitglied des Deutsch-Russischen Jugendparlaments vorstellte, für einen sanfteren Umgang mit »Russland« ohne öffentliche Kritik zu werben. Ihm antwortete unter anderen Jelena Schemkowa, Geschäftsführerin von Memorial. Wer denn dieses »Russland« sei, von dem der junge Mann spreche? Sie sei auch ein Teil Russlands, und sei sehr froh über die auf der Konferenz gehörte Kritik, sehr dankbar für die aus Deutschland und von anderswo kommende Hilfe und sie schäme sich keineswegs für die vielfältige internationale Zusammenarbeit.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

Vom 19. April bis zum 2. Mai 2013

19.04.2013	Das Ministerium für Fernmeldewesen und Massenkommunikation entlässt den Leiter der »Russischen Post« Alexander Kiseljow. Sein Nachfolger wird Dmitrij Straschnow, bisher Leiter des Fernsehsenders Tele2 Russia.
19.04.2013	Die Staatsanwaltschaft verbietet der »Linken Front« für drei Monate jegliche Aktivitäten, da sie keine juristische Person darstelle. Sergej Udalzew, der Vorsitzende der Bewegung, will die Arbeit unter dem Namen »Neue Linke Front« fortführen.
19.04.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt den ägyptischen Präsidenten Muhammed Mursi in Sotschi. Die beiden Staatsoberhäupter erörtern handels- und wirtschaftspolitische Themen, die Energiezusammenarbeit und die Situation im Nahen Osten.
20.04.2013	Präsident Wladimir Putin erörtert mit US-Präsident Barack Obama in einem Telefongespräch die Situation nach dem Terroranschlag vom 16. April in Boston. Beide Seiten zeigen sich an einer stärkeren Zusammenarbeit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus interessiert.
20.04.2013	Das siebte Treffen des Koordinationsrates der Opposition beschließt, am 6. Mai eine Demonstration unter dem Motte »Für die Freiheit« durchzuführen.
22.04.2013	Ein Moskauer Gericht stellt einen Haftbefehl für William Browder aus, den Leiter des Investmentfonds Hermitage Capital. Auf dieser Basis will man einen internationalen Haftbefehl erwirken. Browder wird illegaler Aktienwerb vorgeworfen.
22.04.2013	Präsident Wladimir Putin beruft zu einer Beratung über die Wirtschaftsentwicklung nach Sotschi ein, an der Ministerpräsident Dmitrij Medwedew sowie mehrere Minister und Experten, darunter der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin, teilnehmen. Anlass ist die unbefriedigende Wirtschaftsentwicklung in den ersten Monaten 2013.
22.04.2013	Das russische Verfassungsgericht stellt fest, dass Wahlberechtigte, Wahlergebnisse vor Gericht anfechten können. Mehrere Gerichte hatten Klagen wegen der Wahlfälschungen bei den Dumawahlen 2011 abgewiesen.
22.04.2013	Im Zentrum Belgorods eröffnet ein Unbekannter das Feuer auf Zivilisten und tötet sechs Passanten. Ein mutmaßlicher Täter wird nach einer großen Suchaktion am Folgetag festgenommen.
23.04.2013	Präsident Wladimir Putin weist die Regierung an, bis Ende des Jahres ein einheitliches Konzept für den Lehrplan zur russischen Geschichte im Schulunterricht auszuarbeiten.
23.04.2013	Offizieller Besuch von Verteidigungsminister Sergej Schojgu in Belarus. Nach Gesprächen mit Präsident Alexander Lukaschenko erklärt er, dass Russland plane, bis 2015 einen Militärflughafen bei Baranowitschi einzurichten. 2014 sollen zudem vier Bataillone mit den Flugabwehrraketen S-300 in Belarus stationiert werden.
24.04.2013	Die russische Generalstaatsanwaltschaft überprüft das Meinungsforschungsinstitut »Lewada-Zentrum«, das als nichtkommerzielle Organisation figuriert und daher den Bestimmungen des NGO-Gesetzes unterliegt.
24.04.2013	Bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte werden im Rayon Gunib (Dagestan) zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
24.04.2013	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetzespaket, das Staatsbeamten den Besitz von Bankkonten und Aktien im Ausland verbietet. Ausländischer Immobilienbesitz bleibt erlaubt, muss jedoch deklariert, und die Herkunft der Gelder für den Kauf offengelegt werden.
25.04.2013	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Konstantin Lebedew wegen der Organisation von Massenunruhen während des »Marsch der Million« am 6. Mai 2012 zu 2,5 Jahren Haft in allgemeiner Strafkolonie. Lebedew hatte sich schuldig bekannt.
25.04.2013	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt die Wahlrechtsvereinigung »Golos« (Stimme) wegen der Weigerung, sich als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen, zu 300.000 Rubel (ca. 7.300 €) Strafe. Die Leiterin Lilija Schibanowa wird zudem zu 100.000 Rubel (ca. 2.500 €) verurteilt. Dies ist die erste Verurteilung nach dem neuen NGO-Gesetz.
25.04.2013	Wladimir Putin stellt sich in einer mehrstündigen Fernsehsendung den Fragen der Bevölkerung. Dabei geht er breit auf soziale und ökonomische Fragen ein. U. a. behandelt er Korruption, Rüstung und Landwirtschaft, Migration, die Einführung einer Vermögenssteuer und den Umgang mit der Opposition.
25.04.2013	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestags des Sieges im »Großen Vaterländischen Krieg« am 9. Mai 2015.
26.04.2013	Beim Brand in einer psychiatrischen Klinik im Gebiet Moskau kommen 38 Patienten ums Leben. Präsident Putin ordnet eine Untersuchung an.

26.04.2013	Die Türkei wird Dialogpartner der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).
27.04.2013	Bei einer Fahrzeugkontrolle im Rayon Chiw (Dagestan) töten Sicherheitskräfte drei mutmaßliche Untergrundkämpfer.
27.04.2013	Präsident Wladimir Putin erklärt in einem Interview mit dem Fernsehkanal »Russland-1«, dass das Verfahren zum Tod des Juristen Sergej Magnitskij in Untersuchungshaft eingestellt wurde, da keine Vernachlässigung von Dienstpflichten festgestellt werden konnte.
28.04.2013	Zwei Soldaten kommen im Rayon Schatoj (Tschetschenien) durch einen Sprengsatz ums Leben.
28.04.2013	Bei einer Spezialoperation von Sicherheitskräften werden im Rayon Kisiljurt (Dagestan) zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
29.04.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt den japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe. Dies ist der erste Besuch eines japanischen Ministerpräsidenten seit zehn Jahren. Es werden Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, unter anderem im Energiebereich. Beide Seiten erklären ihre Bereitschaft, Verhandlungen über einen Friedensvertrag aufzunehmen. Zentraler Streitpunkt ist dabei die Frage, wem die vier südlichen Kurilen-Inseln gehören.
30.04.2013	Die Moskauer Staatsanwaltschaft fordert die Menschenrechtsorganisation »Memorial« auf, sich gemäß NGO-Gesetz als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen.
30.04.2013	Präsident Wladimir Putin weist die Regierung an, bis November 2013 ein Gesetz zur Einführung einer Steuer auf Luxusgüter auszuarbeiten.
30.04.2013	Ein Bezirksgericht in Perm verurteilt den Besitzer des Nachtclubs »Lahmes Pferd«, in dem bei einem Brand im Dezember 2009 mehr als 150 Menschen ums Leben kamen, zu einer Haftstrafe von mehr als 9 Jahren. Auch mehrere Mitarbeiter des Clubs erhalten langjährigen Haftstrafen.
01.05.2013	Am 1. Mai finden in vielen Städten Demonstrationen statt. Nach Angaben des Vorsitzenden der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften, Michail Schmakow, nehmen russlandweit daran 2 Mio. Personen teil. In Moskau mobilisieren Gewerkschaften, Einiges Russland und Allrussische Nationale Front nach Polizeiangaben 90.000 Menschen. An den Demonstrationen der KPRF und der LDPR in Moskau nehmen 15.000 bzw. 1.000 Personen teil. Daneben gibt es Veranstaltungen der Linken und der Nationalisten.
01.05.2013	Präsident Vladimir Putin verleiht erstmals den neugeschaffenen Ehrentitel »Held der Arbeit«. Ausgezeichnet werden fünf Personen: der Dirigent Valerij Gergijew, der Direktor des Instituts für Neurochirurgie, Alexander Konowalow, der Mechanisator Jurij Konow, der Bergbaumaschinist Valerij Melnik und der Dreher Konstantin Tschumanow.
02.05.2013	Das Nationale Olympische Komitee Georgiens beschließt offiziell, dass Georgien eine Mannschaft zur Winterolympiade in Sotschi entsendet.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de